

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

40. Sitzung
19. September 2024

Beginn: 09.06 Uhr
Schluss: 12.14 Uhr
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wir kommen nun zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0177](#)
ArbSoz
**Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der
Ukraine in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße sehr herzlich und in alphabetischer Reihenfolge: Frau Dr. Gatskova, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsbereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, schön, dass Sie uns digital zugeschaltet sind! Wir können Sie übrigens nicht sehen. Es gibt eine technische Störung. Wir müssen kurz unterbrechen, um die Technik wieder hochzufahren. Vorher begrüße ich aber noch die anderen Anzuhörenden: Frau Karger, Vorsitzende des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, schön, dass Sie da sind! Frau Maksymova, Teamleiterin im Bereich Gute Arbeit des Berliner Beratungszentrums für Migration und Gute Arbeit (BEMA), bei Arbeit und Leben e.V., und ich begrüße Herrn Pfeffer-Hoffmann, Geschäftsführer von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung, schön, dass Sie da sind! Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Danke, dass Sie einmal genickt haben! Dann machen wir das so. Ich schlage vor, wir unterbrechen die Sitzung jetzt und starten danach direkt mit der Begründung des Besprechungsbedarfs. Wer macht das? – Die CDU übernimmt das, und dann steigen wir gleich ein, sobald die Technik wieder funktioniert.

[Sitzungsunterbrechung von 9.44 bis 9.53 Uhr]

Ich begrüße noch mal die Anzuhörenden! Ich freue mich sehr, dass uns Frau Dr. Gatskova zugeschaltet ist. – Ich gehe davon aus, dass Sie mit Ihrem Input anfangen. Sie haben ungefähr fünf Minuten. Wenn es deutlich mehr wird, werde ich Sie irgendwann unterbrechen oder Ihnen böse Blick zuwerfen, und dann wissen Sie, dass Sie deutlich drüber liegen. – Im Anschluss gibt es für die Abgeordneten die Möglichkeit Fragen zu stellen, und danach haben die Anzuhörenden selbstverständlich noch mal das Wort.

Entschuldigung! – Jetzt habe ich Ihnen zu schnell das Wort gegeben. – Ich habe versucht, die Begründung des Besprechungspunktes zu unterschlagen, wurde aber von der CDU unterbrochen. – Bitte schön!

Dr. Martin Pätzold (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sie legen ja immer großen Wert auf die Form, daher wollen wir die Form einhalten und die Begründung zum Beginn des Tagesordnungspunktes bringen, der uns alle umtreibt, das will ich auch sagen. CDU und SPD haben heute diesen Antrag auf Anhörung gestellt, aber wir haben auch in der Vorbesprechung gespürt, dass ein großes Interesse da ist, dieses Thema mit allen Fraktionen im Rahmen einer Anhörung zu besprechen und daran zu arbeiten, dass wir bei den Punkten der Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten aus der Ukraine deutlich vorankommen.

Ich will drei Punkte strukturiert darstellen. Erstens, wir haben eine große soziale Verantwortung, Teilhabe zu ermöglichen. Wenn wir uns bisher die Zahlen angucken, deutschlandweit und auch in Berlin, dann spüren wir, dass viel zu viele derer, die hier hergekommen sind und hier Schutz gefunden haben, Teilhabe erleben möchten und sie bisher nicht erfahren können. Deswegen sind wir sehr daran interessiert, auch von Ihnen zu hören, an welchen Rahmenbedingungen es liegt, dass das bisher nicht erfolgt ist.

Der zweite Punkt ist die gesellschaftliche Akzeptanz. Wir sehen es ja in den Diskussionen, im Fernsehen, aber auch auf der Straße, dass es ein Akzeptanzproblem gibt, wenn viele, die gekommen sind, nicht arbeiten können. Wenn der Eindruck entsteht, dass diejenigen nicht arbeiten wollen, müssen wir, glaube ich, an den Rahmenbedingungen arbeiten, damit das besser gelingt.

Der dritte Punkt sind die ökonomischen Gründe. Wir haben es ja heute schon von der Senatorin gehört, und das sind die Diskussionen, die wir aktuell auch im Abgeordnetenhaus haben, auch auf Bundesebene, dass wir die Notwendigkeit sehen, finanzielle Mittel noch sparsamer auszugeben, zu schauen, wie wir effizienter werden können, und auf der anderen Seite würde es uns natürlich sehr helfen, wenn wir zusätzliche Menschen in Arbeit bekämen und dadurch höhere Steuereinnahmen generierten, Sozialversicherungsbeiträge. Die Zusammenhänge sind an der Stelle, glaube ich, klar. Wir als große Koalition in Berlin freuen uns darauf, heute von Ihnen, den Anzuhörenden, die aus sehr unterschiedlichen Bereichen kommen, Anregungen für unsere parlamentarische Arbeit mitnehmen zu dürfen, und so auch bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, damit es uns gelingt, mehr Geflüchtete aus der Ukraine in Arbeit zu bringen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank, Herr Kollege, für die Begründung! – Dann kommen wir jetzt aber wirklich zu Frau Dr. Gatskova. – Sie haben das Wort!

Dr. Kseniia Gatskova (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) – [zugeschaltet] –: Hallo! Können Sie mich gut hören?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ja!

Dr. Kseniia Gatskova (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) – [zugeschaltet] –: Sehr gut. – Vielen Dank, dass ich eingeladen wurde und die Ergebnisse unserer Studie vorstellen darf. Wir haben vor kurzem einen Bericht zur Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter im internationalen Vergleich herausgegeben, und ich möchte ein paar Erkenntnisse mit Ihnen teilen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

– Sehen Sie meine Präsentation?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ja!

Dr. Kseniia Gatskova (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) – [zugeschaltet] –: Okay! – Wir haben uns die Beschäftigungsquoten der Geflüchteten aus der Ukraine in unterschiedlichen europäischen Ländern angeschaut und versucht zu bestimmen, welche Faktoren

die Beschäftigungsquote beeinflussen. Ein sehr wichtiger Faktor ist natürlich die soziodemografische Zusammensetzung der Geflüchtetengruppe. Wir müssen natürlich wissen, wer zu uns gekommen ist, da unterschiedliche Personen auf dem Arbeitsmarkt unterschiedliche Chancen und Hürden haben. Bei den ukrainischen Geflüchteten geht es vor allem um Frauen und Kinder. Es sind sehr viele Frauen und Kinder nach Deutschland gekommen. Laut unserer repräsentativen Umfragedaten liegt der Frauenanteil bei den unter 18 bis 70-jährigen Geflüchteten bei 80 Prozent. Dabei geht es meistens um alleinerziehende Mütter. 77 Prozent der Frauen leben ohne Partner in Deutschland, und circa die Hälfte dieser Frauen hat minderjährige Kinder. Bei den Männern ist der Anteil viel niedriger, aber die Männer, die gekommen sind, sind meistens mit Partnerinnen gekommen. Das liegt daran, dass es in der Ukraine Restriktionen für die Ausreise der Männer im wehrpflichtigen Alter gibt. Männer zwischen 18 und 60 Jahren dürfen nur dann ausreisen, wenn sie mindestens drei Kinder haben oder sich um eine pflegebedürftige, behinderte Person kümmern müssen. Dementsprechend geht es um eine sehr spezifische Gruppe. Dabei sind die Geflüchteten aus der Ukraine relativ hoch qualifiziert. 68 Prozent der Geflüchteten verfügen über Hochschul- oder Universitätsabschlüsse, und weitere 16 Prozent haben berufsqualifizierende Abschlüsse.

Wenn es darum geht, dass wir über Frauen mit Kindern sprechen und darüber, welche Chancen sie auf dem Arbeitsmarkt haben, sehen wir, dass es wie in jedem Land auf der Welt ist: Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, weil sie immer noch die meiste unbezahlte Kinderbetreuung und Pflegearbeit machen. Dementsprechend sind die alleinerziehenden Mütter, die aus der Ukraine gekommen sind, auf staatliche Kinderbetreuung angewiesen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir sehen in diesen Verteilungen auch, zum Beispiel auf dieser Grafik, dass Frauen, die junge Kinder haben, kleine Kinder im Alter von null bis sechs Jahren, im Vergleich zu anderen die niedrigste Beschäftigungsquote haben. Wir sehen auch, dass mit der Aufenthaltsdauer die Beschäftigungsquote steigt, sowohl bei Frauen als auch bei Männern. Für die Männer spielt die Anwesenheit der Kinder im Haushalt im Grunde keine Rolle, aber für Frauen schon.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Diese Grafik stellt die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit dar, und es geht hier um ukrainische Staatsangehörige, also nicht nur um die Geflüchteten, sondern um alle, die die ukrainische Staatsangehörigkeit haben, aber diese Daten sind sehr stark von den Geflüchteten geprägt, denn vor dem Krieg gab es in Deutschland nur 138 000 Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit, und nach dem Kriegsausbruch sind über 1 150 000 Ukrainerinnen und Ukrainer nach Deutschland gekommen. Wir sehen, dass die Beschäftigungsquoten über die Monate stark steigen. Jetzt, in den letzten Daten aus dem Juni 2024, liegt die Beschäftigungsquote bei knapp 29 Prozent. Wir hören auch oft in den Medien, dass diese Beschäftigungsquote niedrig ist, aber im internationalen Vergleich sehen wir, dass Deutschland ungefähr im europäischen Mittelfeld liegt. Es gibt Länder, die höhere Beschäftigungsquoten aufweisen, aber es gibt auch Länder mit niedrigeren Beschäftigungsquoten ukrainischer Geflüchteter.

Wir haben versucht, die Faktoren zu analysieren, welche diese Beschäftigungsquoten bestimmen. Die drei wichtigsten Faktoren sind der integrationspolitische Ansatz, soziale Netzwerke und die Kinderbetreuungsinfrastruktur. Beim integrationspolitischen Ansatz geht es darum, ob die Länder auf einen temporären Aufenthalt oder auf eine nachhaltige Integration der Geflüchteten setzen. Im ersten Fall wird der sogenannte „Arbeit zuerst“-Ansatz angewendet und die Menschen werden so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt vermittelt. Aber dabei gibt es sehr viele Nachteile, weil es sich oft um prekäre Beschäftigungen handelt. Die Menschen werden einfach in befristete Jobs mit wenigen Arbeitsstunden vermittelt, oft unterhalb ihrer Qualifikationsniveaus. Die Leute in solche Beschäftigungen zu vermitteln, ist nicht nur eine ineffiziente Humankapitalnutzung, sondern führt auch zu einer Beeinträchtigung des Spracherwerbs. Langfristig kann das zu Problemen mit der sozialen, kulturellen und ökonomischen Integration führen. Langfristige integrationspolitische Ziele können mit diesem Ansatz also gefährdet werden. Ferner wird es auch zu einem erhöhten Risiko der Ausbeutung und sozialen Marginalisierung dieser Gruppen führen.

Der zweite Ansatz, „Sprache zuerst“, erlaubt den Menschen, zuerst die Sprache zu erlernen und Qualifikationen anerkennen zu lassen oder entsprechende Berufsausbildungen zu machen. Erst danach werden die Menschen in den Arbeitsmarkt vermittelt. Diesem Ansatz folgt Deutschland, aber zum Beispiel auch Norwegen oder die Schweiz. Der Nachteil dieses Ansatz-

zes ist, dass die Arbeitsmarktintegration länger dauert, aber es werden dabei stabilere Arbeitsmarktverläufe geschaffen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Man kann auch aus der Vergangenheit lernen. Wir sehen, wie sich zum Beispiel die Beschäftigungsquoten der Kohorte syrischer Migranten und Asylsuchenden, die 2015/16 nach Deutschland gekommen sind, entwickelt haben. Zwei Jahre nach dem Zuzug – die ukrainischen Geflüchteten sind jetzt ungefähr zweieinhalb Jahre in Deutschland – hat die Kohorte syrischer, afghanischer und anderer Asylsuchender ungefähr eine Erwerbsquote von 20 Prozent erzielt. Wir sehen, dass die Beschäftigungsquoten über die Jahre steigen. Laut unseren letzten Studien haben wir gesehen, dass die Beschäftigungsquote dieser Kohorte jetzt auf 68 Prozent gestiegen ist. Das ist nicht nur die deutsche Erfahrung. Wir haben auch unterschiedliche Länder verglichen, die unterschiedliche Integrationsansätze angewendet haben. Wir sehen, dass in Ländern, die den „Sprache zuerst“-Ansatz angewendet haben, die Beschäftigungsquoten in der langfristigen Perspektive viel höher sind. Das kann man alles in unserem Bericht noch näher und konkreter lesen. Hier wollte ich nur sagen, dass wir natürlich auch die Leute direkt gefragt haben: Was stört Sie? Warum sind Sie immer noch nicht erwerbstätig?

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Es gab eine internationale Studie, in der in jedem Land die Frage gestellt wurde: Was sind die Hauptgründe für Erwerbslosigkeit? In Deutschland haben die Menschen gesagt: Der Grund Nummer eins ist die Sprachbarriere. Für den deutschen Arbeitsmarkt braucht man unbedingt Deutschkenntnisse. Das dauert natürlich. Man kann nicht in zwei Jahren ein hohes Sprachniveau erwerben, wenn man vor der Einreise überhaupt kein Deutsch gelernt hat. Der zweite Grund war die Kinderbetreuung, obwohl man das hier auf der Grafik nur klein sieht, als ein Grund, der nicht so oft genannt wurde. Aber es geht hier um alle Personen, und wenn wir uns nur auf die Personen, die kleine Kinder haben, konzentrieren, dann sehen wir, dass Kinderbetreuung ein sehr wichtiger Grund ist. Frauen, die Kinder im Alter von null bis drei oder null bis sechs Jahren haben, nennen Kinderbetreuung als den Hauptgrund, warum sie immer noch keine Beschäftigung haben. Noch ein Unterstützungsbedarf betrifft die Anerkennung der Qualifikationen, vor allem in medizinischen Berufen oder anderen reglementierten Berufen. Die Anerkennung dauert sehr lange, und die Personen können nicht in ihren Berufen arbeiten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Diejenigen, die schon in Deutschland beschäftigt sind, arbeiten sehr oft in Berufen, in denen das Qualifikationsniveau niedriger ist als in den Berufen, in denen sie vor dem Zuzug gearbeitet haben. Frauen sind öfter von der Dequalifizierung betroffen. Wir sehen, dass ungefähr 57 Prozent der Personen unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Und dann als Zusammenfassung die Handlungsansätze für eine nachhaltige Integration: Was wir aus der Forschung empfehlen können, ist die möglichst schnelle Schaffung der Rechts- und Planungssicherheit. Wir haben hier am Institut eine sehr große Arbeit durchgeführt und viele Artikel dazu geschrieben, wie sich Ungewissheit auf die Arbeitsmarktintegration auswirkt. Kurzgefasst, die Leute, die nicht wissen, ob sie in Deutschland bleiben oder nicht, in-

tegrieren sich langsamer. Dann braucht es umfassendere Betreuungsangebote für kleine Kinder, denn nur mit entsprechender Kinderbetreuung können die Mütter wirklich arbeiten. Um den Spracherwerb zu beschleunigen, braucht man natürlich ein frühes und umfassendes Angebot von Integrations- und Sprachprogrammen. Es geht nicht nur um Anfängerkurse, sondern auch um fortgeschrittene Sprachkurse. Für viele Berufe sind B1 oder B2 nicht ausreichend. Die Beschleunigung der Anerkennung bestehender Abschlüsse ist wichtig, auch die Förderung des Erwerbs von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen, in den Fällen, wo zum Beispiel die Anerkennung nicht relevant ist, und auch die Intensivierung der Unterstützung bei der Arbeitssuche und -vermittlung. Soweit von meiner Seite. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank für Ihren Input und für die sehr spannenden Zahlen, Daten und Fakten. – Frau Karger, Sie wären die Nächste. – Bitte schön!

Katja Karger (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg): Wunderbar, vielen herzlichen Dank! – Lieber Ausschuss! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Abgeordnete! Ich kann an dieser Stelle ganz gut mit der Voraussetzung anschließen, dass wir das bei den Gewerkschaften nicht trennen. Das heißt, wir gucken auf alle Geflüchteten, da wir von vornherein gesagt haben, dass wir keine Zwei-Klassen-Geflüchtetenbehandlung machen. Deswegen will ich an dieser Stelle anmerken, dass man, wenn man über Ukrainerinnen und Ukrainer spricht, nicht den Job-Turbo und die Integration auslassen kann. Genau über diese drei Punkte möchte ich in meiner Stellungnahme sprechen.

Das eine ist der Job-Turbo. Mit dem möchte ich anfangen, weil das eigentlich genau das ist, worum es an dieser Stelle geht. Das muss man auch mal so deutlich sagen. Wenn wir über die Ukrainerinnen und Ukrainer und die Integration reden, ist der Job-Turbo erfunden worden, um da einen Interessenausgleich hinzubekommen: Wie können Menschen, die zu uns geflüchtet sind, bei den Bedarfen, die auf dem Arbeitsmarkt existieren, schneller in Arbeit gebracht werden? Aus unserer Sicht ist dieser Job-Turbo weniger eine fachliche Begründung, sondern eher eine Reaktion auf die Diskussion um eine restriktivere Migrationspolitik, die verbunden wird mit einer Kritik am Bürgergeld, was bei der Gelegenheit auch ganz häufig den Ukrainerinnen und Ukrainern zugeschoben wird, hier an dieser Stelle Sozialmissbrauch zu betreiben. Das ist etwas, was wir als Gewerkschaften sehr deutlich zurückweisen.

Wir haben festgestellt – und das ist das, was auch das IAB bestätigt hat –, dass die Menschen, die über den Job-Turbo in Beschäftigungen kommen, sehr häufig unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt werden, dass es eine Dequalifizierung gibt, die natürlich damit zu tun hat, dass das Sprachangebot zwar existiert, wir in Berlin aber auch die Situation haben, dass das begleitende Sprachangebot viel weniger genutzt wird, als es eigentlich möglich wäre und die Rahmenbedingungen es zulassen würden. Das ist einer der ersten Punkte, dem aus meiner Sicht nachgegangen werden muss: Woran liegt denn das? – Auch dazu kann ich im Folgenden noch die eine oder andere These bringen.

Speziell noch mal zu den Ukrainerinnen, auch hier vielleicht noch mal eine politische Einordnung: Das, was wir sehen, ist, dass die Menschen, die aus der Ukraine zu uns gekommen sind, mehrheitlich Frauen sind – und das darf man nicht vergessen, wenn man über dieses Thema spricht –, dass inzwischen aber nichtsdestotrotz mehr Ukrainerinnen in Arbeit als erwerbslos sind. Auch das ist eine positive Entwicklung. Unterm Strich können wir sagen, dass der Job-

Turbo wirkt, aber Hindernisse hat. Diese Hindernisse sind aus unserer Sicht das Wesentliche, was es zu bearbeiten gilt.

Es gibt ein Hindernis, das wurde erwähnt, beim Thema Kinderbetreuung. Es gibt aber auch das große Hindernis Wohnen, denn wer in schwierigen und wirklich unglaublich herausfordernden Wohnsituationen ist, hat große Mühe, irgendwo im Drei-Schicht-Betrieb einen Job zu machen. Das dritte Hindernis ist tatsächlich die Arbeitsrealität. Wir sehen, dass in den Betrieben selbst – – Das ist der Link dazu, dass ganz viele von denen unterhalb ihrer Qualifikation, nämlich in der Regel in Hilfsberufen, beschäftigt werden. Dort brauchen sie überhaupt gar keine Sprachkenntnisse. Das heißt, diese Arbeitsrealität, die wir haben, und die Idee, die mal im Jobcenter vorhanden war – zu sagen, wir machen das schneller, indem wir die Leute in Arbeit bringen, dann lernen sie parallel die Sprache und eben auch im Job die Sprache –, das funktioniert in der Praxis nicht, weil die Leute am Band stehen, bei Amazon digital irgendwelche Pakete verteilen und nicht ein einziges Wort sprechen müssen. Wir haben mit sehr vielen Betriebsräten gesprochen, die sagen: Ich habe mit denen nichts zu tun. Die werden einmal eingewiesen, das geht über Piktogramme: Was sind die Arbeitsschutzbestimmungen? – Und dann hat sich das. Das heißt, da haben wir ein Funktionsproblem, weil das, was gut gemeint war, noch lange nicht gut ist.

Wir haben darüber hinaus – und das darf im Moment, glaube ich, gerade auch in diesem Ausschuss nicht aus den Augen verloren werden –, einen sich zunehmend schwieriger gestaltenden Arbeitsmarkt. Viele von Ihnen wissen das. Wir haben große Schwierigkeiten in den großen Betrieben. Wir haben große Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Situation. Wir haben große Unsicherheit in den Unternehmen und in den Betrieben, die alle sagen: Im Moment mache ich mir nicht noch zusätzliche Arbeit, und ich stelle im Moment auch niemanden ein, um den ich mich noch kümmern muss, weil ich nicht weiß, ob ich morgen 10 000 Leute entlassen muss. Das heißt, wir haben hier im Moment eine große, herausfordernde Situation.

Die Agentur für Arbeit in Berlin sagt: Wir haben im Moment einen großen Drehtüreffekt. – Das heißt, wir haben ganz viele Menschen, die schon ihren Job verlieren, kurzzeitig bei der Bundesagentur für Arbeit sind, woanders wieder unterkommen, aber das ist so dynamisch, dass im Moment wirklich kaum jemand sagen kann, wo das eigentlich hinführt. Fest steht, dass, wenn der Arbeitsmarkt überhaupt noch jemanden aufnimmt, es Fachleute sind und weniger Hilfsarbeiter. Das ist genau das Problem, wenn wir auf die Geflüchteten gucken, die in der Regel nur in Hilfsarbeit vermittelt werden, oder aufgrund der Qualifikationsanerkennungsprobleme und aufgrund der Sprachprobleme in ihrem Ursprungsqualifikationsniveau als Fachleute keinen Weg rein finden.

Um an dieser Stelle auch noch das Thema Integration anzusprechen, denn genau darum geht es: Es geht nicht nur darum, dass wir den Ukrainerinnen und Ukrainern und anderen Geflüchteten irgendetwas vorwerfen, was nicht der Fall ist, sondern dass wir uns als Gesellschaft angucken: Funktioniert die Integration? – Das, was wir eben auch beim IAB an den Zahlen gesehen haben, ist, dass sich nachhaltige Integration bewährt. Das heißt, wenn wir Geduld haben, die Leute fördern, ihnen die Möglichkeiten geben, hier anzukommen, dann steigt die Quote entsprechend. Das ist seit 2015 die Erfahrung mit allen Geflüchteten, und genau den Weg sollte man weiter fortsetzen. Wir sehen auch, dass die Geflüchteten eine große Motivation haben zu arbeiten. Alle, die die Chance bekommen, etwas zu tun und ihr eigenes Geld zu verdienen, nutzen das. Wir sehen aber auch, dass die Vermittlung in prekäre Beschäftigung

einen Lock-in-Effekt hat. Das heißt, diejenigen, die in Aushilfstätigkeiten und in prekäre Beschäftigung geraten, kommen dann nicht wieder raus, weil sie niemanden haben, der sich um sie kümmert, sie fördert und ihnen einen eigenen Weg weist.

Aus all diesen Rahmenbedingungen und den Hindernissen folgern wir als Gewerkschaften und beim Deutschen Gewerkschaftsbund, dass wir an dieser Stelle mehrere Dinge brauchen: Erstens ist es aus unserer Sicht notwendig, bei diesen Themen viel stärker verwaltungs- und behördenübergreifend zusammenzuarbeiten. Denn das, was wir sehen, ist, dass die Integration in den Arbeitsmarkt ein Puzzlestück ist. Wenn wir uns nur dieses Puzzlestück angucken, dann werden wir es niemals hinbekommen, dass das funktioniert und dass daraus Integration wird. Nur wenn wir als Berliner Stadtgesellschaft, als Politik, eine Idee davon haben, wie dieses ganze Bild aussehen soll, das aus mehreren Puzzlestücken besteht, kann das auch tatsächlich etwas werden. Ich habe im Moment an ganz vielen Stellen den Eindruck, dass wir uns immer nur um einzelne Puzzlestücke kümmern und kein gesamtes Bild daraus machen. Wir haben die Situation, dass im Moment bei den Schülerinnen und Schülern unter sechs Jahren 60 Prozent nicht biodeutscher Herkunft sind. Das heißt, wir müssen eine Idee davon bekommen, wie wir Berlin als Integrationsstadt aufsetzen wollen. Sich dann immer nur mit einem Puzzlestück zu beschäftigen, ist aus unserer Sicht zu kurz gesprungen, und es wäre eine große Notwendigkeit, da wirklich mal als Gesamtkonzept draufzugucken.

Dann ist es aus unserer Sicht wahnsinnig wichtig, dass wir Sorgfalt vor Eile walten lassen. Das ist auch das, was wir immer mit der Arbeitsagentur diskutieren, weil wir sehen: Je sorgfältiger wir uns um jemanden kümmern und ihm Chancen geben, desto besser funktioniert die Integration, desto schneller kommt derjenige in Arbeit, und das ermöglicht eine entsprechende Selbstständigkeit der Geflüchteten. Wir haben das große Thema Vermittlung in gute Arbeit. Das ist etwas, worauf wir gemeinsam achten müssen, dass die nicht in prekäre Beschäftigungen geraten, weil sie da nie wieder rauskommen. Wir brauchen auch eine viel stärkere Kontrolle darüber, was bei der Vermittlung von Sprache in diesem beruflichen Kontext funktioniert und was nicht. Nicht zuletzt würde ich mir wünschen, dass wir mit den Geflüchteten wirklich auf Augenhöhe umgehen, sie als Menschen anerkennen, und zwar alle, wie sie da sind. Sie sind Subjekte. Sie sind Menschen mit einem Herz, mit einer Geschichte und mit großen Erfahrungen, und die sollten wir viel stärker nutzen, anstatt sie zu diskriminieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank! – Nach diesem Satz können wir meinerseits eigentlich schon Schluss machen, weil er alles auf den Punkt bringt. – Aber selbstverständlich, Frau Maksymova, sind Sie dran! – Vielen Dank für Ihren Input! – Sie haben das Wort!

Anastasiia Maksymova (BEMA): Vielen Dank für die Einladung! – Ich freue mich sehr, Erkenntnisse aus unserer Arbeit vorzustellen, aus unserer Praxis, und besonders freue ich mich auch darüber, als Ukrainerin hier zu sitzen. Warum bin ich heute hier? – Ich habe meine Arbeit bei der BEMA – Berliner Beratungszentrum für Migration und gute Arbeit – im Juni 2022 angefangen. Das Anliegen war eine Initiative von der Senatsverwaltung. Unser Auftrag ist es, sicherzustellen, dass die neu angekommenen Menschen aus der Ukraine wissen, wie gute Arbeitsbedingungen in Deutschland aussehen, und ihnen auch die Instrumente zu geben, mit denen sie sich im Fall von arbeitsrechtlichen Verstößen schützen können. Wir werden seitdem auch vom Land Berlin finanziert.

Ich würde sagen, dass unsere Arbeit aus zwei Teilen besteht. Erstens, wir machen sehr viel präventive Arbeit, vor allem über Bildungsangebote, die Arbeit in sozialen Netzwerken und die aufsuchende Arbeit. Die Menschen, die schon eine Arbeit aufgenommen haben, und die auf erste Probleme gestoßen sind, können sich bei uns kostenlos beraten lassen. Hier vielleicht ein paar Zahlen: Im Jahr 2023 haben wir 677 Beratungsgespräche mit geflüchteten Menschen aus der Ukraine durchgeführt, und über unser Schulungsangebot haben wir ungefähr 791 Personen erreicht. Im Zuge von außergerichtlichen Geltungsmachungen wurden ratsuchende Personen mindestens 43 000 Euro an ausstehendem Lohn ausbezahlt. – Das ist das, was unsere Arbeit und die Zahlen betrifft.

Ich habe heute auch ein paar Hauptbranchen mitgebracht, in denen unsere Ratsuchenden beschäftigt waren oder immer noch beschäftigt sind. Das sind die ganz bekannten Branchen, die Care-Branche, die Reinigung, die Leiharbeit, die Pflege und das Baugewerbe. Mit welchen Themen kommen die Menschen vor allem zu uns? – Das sind die nicht voll ausbezahlten, ausstehenden Löhne, die Entgeltfortzahlung, die Arbeitsverträge und die Herausgabe von Arbeitspapieren.

Ich habe heute auch ein paar Beispiele aus der Praxis mitgebracht, damit Sie ein bisschen ein Gefühl dafür kriegen. Das sind keine Einzelfälle. Ganz oft haben wir Ratsuchende aus der Care-Branche, vor allem aus Subunternehmer-Verhältnissen. Ein Ratsuchender hat zum Beispiel bei einem Subunternehmen einer großen Logistikfirma gearbeitet. Er hatte einen Arbeitsvertrag mit dem Mindestlohn, und natürlich konnte er den wegen mangelnder Sprachkenntnisse nicht so richtig verstehen. Als er angefangen hat zu arbeiten, wurde ihm mündlich erklärt, dass die Bezahlung pro zugestelltes Paket erfolgen wird. Die Person hat natürlich ganz lange Arbeitszeiten, und manchmal, an schlechten Tagen, bekommt er einen Stundenlohn von 4 Euro. In unserer Beratung haben wir erklärt, dass das nicht geht, und die Person konnte dann außergerichtlich das noch ausstehende Geld bekommen. Das ist sehr oft der Fall bei den Paketdiensten, aber auch bei der Reinigung. Wir haben sehr viele Ratsuchende, vor allem Frauen, die in der Hotelreinigung beschäftigt sind, und die bekommen eine Bezahlung pro gereinigtes Zimmer. Das ist natürlich ein Problem, denn es ist ein Mindestlohnverstoß, und da ist es leider ganz systematisch passiert.

Noch etwas, das oft bei uns vorkommt, sind die Fälle von Menschen, die bei Leiharbeits- oder Zeitarbeitsfirmen angestellt sind. Ein ratsuchendes Ehepaar aus der Ukraine hatte zum Beispiel einen Arbeitsvertrag für eine Vollzeitstelle bei einer Leiharbeitsfirma, und dann haben sie mit diesem Geld gerechnet. Leider wurden sie nur an bestimmten Tagen eingesetzt, an denen der Arbeitgeber Arbeit für sie hatte. Das Monatsgehalt von denen war sehr schwankend und teilweise sehr gering, sodass sie in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind. In dem Moment, in dem Sie das erwähnt haben, wurden sie sofort gekündigt. Das war in der Probezeit. Was spannend ist: Danach haben sie zwei andere Arbeitgeber, alles Zeitarbeitsfirmen, ausprobiert, das gleiche Ehepaar, und bei allen sind sie auf das gleiche Problem gestoßen. – Das ist das, was unsere Beratungspraxis angeht.

Vielleicht ganz frisch ein paar Eindrücke: Wir haben vor zwei Tagen eine große Veranstaltung für ukrainische geflüchtete Menschen durchgeführt. 90 Ukrainerinnen und Ukrainer haben sich in Berlin mit dem Thema Wege zu Guter Arbeit beschäftigt. Ganz am Anfang haben wir eine Umfrage gemacht, welche Hindernisse für Menschen die größte Herausforderung auf

ihrem Weg zur Integration in den Berliner Arbeitsmarkt sind. Da würde ich an Frau Gatskova anknüpfen. Als Grund Nummer eins haben die Menschen die Sprachbarriere genannt. Danach wurden uns Schwierigkeiten bei der Suche nach der passende Stelle, die der Qualifikation und Erfahrung der Personen entspricht, genannt. An dritter Stelle wurde die Unsicherheit genannt, was die Arbeitsbedingungen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen in Deutschland angeht. Das ist natürlich direkt mit unserer Arbeit verbunden.

Ich kann auch unsere Beobachtung aus der Praxis teilen, dass unsere Ratsuchenden und alle Teilnehmer unserer Schulungen einen ausgeprägten Willen zur Arbeitsaufnahme haben. Das ist natürlich eine Beobachtung aus der Praxis und keine repräsentative Umfrage, aber das wollte ich trotzdem teilen. Am Ende als Zusammenfassung von mir als Person, die alltäglich mit der ukrainischen Community arbeitet: Für die ukrainische Community kann ich sagen, dass viele Menschen, obwohl sie schon zwei Jahre in Deutschland sind, immer noch eine große Unsicherheit spüren und immer noch desorientiert sind, was Arbeitnehmerrechte und das gesamte Thema der Arbeitsintegration angeht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Das Mikrofon wurde schon weitergegeben. – Herr Dr. Pfeffer-Hoffmann, bitte schön, Sie haben das Wort!

Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann (Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung): Ganz herzlichen Dank, dass auch ich hier vortragen kann! – Das, was ich hier vortrage, beruht auf der Arbeit eines Projektes, das von der Senatsverwaltung von der Abteilung Arbeit gefördert wird. Die Abteilung Arbeit sagt, sie möchte ihre Fachkräftepolitik und ihr Arbeitsmarktwissen, vor allem zu Themen der zugewanderten Fach- und Arbeitskräfte, durch fundierte Berlin-bezogene Daten – – und auch eigene Befragungen durchführen. Ein Teil dessen, was ich hier vortrage, sind Statistiken, die vor allem von der BA stammen und Berlin-bezogen sind. Das ergänzt auch ganz gut die Daten von Frau Gatskova, die aus einer ganz tollen, großen, deutschlandweiten Befragung berichtet hat. Ich bringe jetzt so ein bisschen den Berlinteil. Wir haben Ukrainerinnen und Ukrainer in Berlin bereits zweimal in einer etwas umfassenderen Onlinebefragung befragt. Die entsprechende Publikation habe ich hier. Einen kleinen Stapel habe ich mit, das gebe ich noch rum, das reicht für jede Fraktion ein bis zweimal. Es sind, glaube ich, sieben Stück oder so – nur damit, es nicht bei den ersten sieben hängenbleibt.

Wir haben ein paar Berlinspezifika, an die man bei der Arbeitsmarktpolitik für Ukrainerinnen und Ukrainer denken sollte. Ich unterstütze Frau Karger darin, dass man nicht nur auf Ukrainerinnen und Ukrainer schauen sollte, aber meine Aufgabe heute ist es, nur über Ukrainerinnen und Ukrainer zu sprechen. Gerade beim Job-Turbo spielt es eine riesige Rolle, dass der zum Beispiel als ukrainespezifisch wahrgenommen wird, es aber nicht ist. Das können wir vielleicht später diskutieren, würde ich sagen.

Das Erste, was ich zeigen will, ist die Soziodemografie, die Geschlechts- und Altersverteilung von Ukrainerinnen und Ukrainern in Berlin, Deutschland und Brandenburg.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Sie sehen links Berlin, und sie sehen, das sieht ganz anders aus als in Deutschland und in Brandenburg. In Brandenburg ist es durchschnittlich ungefähr so wie in Deutschland. In Berlin sehen Sie mehr junge Leute und vor allem auch mehr männliche Ukrainer, die hier sind, auch im erwerbsfähigen Alter. Das ist ein deutlicher Unterschied zum Rest Deutschlands. Berlin ist so und so an vielen Stellen, ähnlich wie andere Stadtstaaten, arbeitsmarktpolitisch besonders, gerade, wenn es um Zugewanderte geht. Hier sehen wir das schon an der Ausgangslage. Wir haben mehr junge Leute, mehr im erwerbsfähigen Alter, und sowohl Frauen als auch Männer hier.

Wir können da immer noch tiefer einsteigen. Ich mache das jetzt aus Zeitgründen nicht, sondern versuche, nur die wichtigsten Fakten und Unterschiede darzustellen. Wenn wir das bundesweit anschauen, sind die Ukrainerinnen und Ukrainer relativ ähnlich verteilt, in den bevölkerungsreichen Bundesländern natürlich entsprechend mehr. Das schwankt so zwischen 1,1 und 1,7 Prozent der Gesamtbevölkerung, in Berlin sind wir mit 1,7 Prozent relativ weit oben. 1,8 Prozent sind es in Bremen. Das ist in Stadtstaaten relativ normal, dass die einen bisschen höheren Anteil haben. Aber man sieht, es ist relativ gleich verteilt, und wir haben eine relativ hohe Quote an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten – das kennen Sie –, weil Ukrainerinnen und Ukrainer am Anfang gleich dem Jobcenter zugeordnet sind. Aber auch die ist in Berlin weniger. Wir werden ganz viele Daten finden, die sagen, Berlin ist jünger, hat bei der ukrainischen Bevölkerung eine bessere Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt und hat auch bessere Arbeitsmarktzahlen als die anderen Bundesländer. Wir haben hier eine relativ niedrige ELB-Quote an der Gesamtbevölkerung. Wir haben eine relativ niedrige Arbeitslosenquote. Sie sehen, Berlin liegt bei 37 Prozent, Deutschland liegt bei 49,2 Prozent, und das, obwohl Berlin an sich auf dem Gesamtarbeitsmarkt höhere Arbeitslosenquoten hat als der Durchschnitt Deutschlands. Bei der Beschäftigungsquote steht Berlin auch überdurchschnittlich gut da, und das können wir uns jetzt gleich noch mal in der Entwicklung anschauen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben hier auf der blauen Linie die Zahl der Beschäftigten und auf der roten Linie die Zahl der Arbeitslosen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit. Das sind nicht alle Geflüchteten aus der Ukraine, wie man weiß, aber das sind die mit der Staatsangehörigkeit, weil die BA das so zählt. Die Beschäftigtenzahlen laufen statistisch immer so ein bisschen nach. Aber wir sehen, dass wir in Berlin inzwischen wahrscheinlich etwa 17 000 Beschäftigte haben. Die Zahl der Arbeitslosen ist relativ gleich geblieben, obwohl die Bevölkerung aus der Ukraine die ganze Zeit noch leicht zunimmt. Das muss man immer im Hinterkopf behalten. Bleibt die Zahl der Arbeitslosen gleich, ist das auch schon ein Arbeitsmarktintegrationserfolg. Diese ganzen Job-Turbo-Zahlen, sehr differenzierte Zahlen, zeigen auch, dass der Job-Turbo langsam wirkt, nicht so schnell, wie das vielleicht mal am Anfang geplant war, aber die Integrationsquoten, auch in den ersten Arbeitsmarkt, sind im Jahresvergleich stark gestiegen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn wir uns die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote angucken, auch nur für Berlin: Wir hatten ja vorher schon eine Bevölkerung mit ukrainischer Staatsangehörigkeit, das sind die Zahlen Anfang 2022, die Sie am Anfang der Folie sehen, da hatten wir eine relativ hohe Beschäftigungsquote. Die ist dann natürlich rein statistisch dadurch stark gesunken, dass ganz viele Leute neu dazugekommen sind, die noch gar nicht auf den Arbeitsmarkt gehen konnten. Seitdem ist die Beschäftigungsquote leicht gestiegen, derzeit relativ stabil, und die Arbeitslosenquote weiter gesunken.

Ich will auch noch mal kurz davor warnen: Es sind bei den Beschäftigungsquoten oft zwei verschiedene Quoten da. Die Beschäftigungsquoten, die man oft im Kopf hat, sind die Beschäftigungsquoten aller Personen im erwerbsfähigen Alter. Die Beschäftigungsquoten, die zumindest in der Job-Turbo-Statistik von der BA ausgegeben werden und auch im internationalen Vergleich oft für Ukrainerinnen und Ukrainer benutzt werden, sind Beschäftigte an der Gesamtbevölkerung mit ukrainischer Staatsangehörigkeit, und die sind logischerweise niedriger. Man muss da gut aufpassen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

An der letzten Statistik, die ich aus der Befragung mitgebracht habe – wir haben zwei Befragungen durchgeführt, 2023 und 2024, immer relativ am Jahresanfang –, kann man sehen, dass mit einer wachsenden Arbeitsmarktverfestigung auch eine Verfestigung der Bleibeabsicht zu sehen ist. Das ist, glaube ich, ganz entscheidend. Wie gesagt, ich habe relativ viele Zahlen ausgeblendet, und man kann viel noch irgendwo einsteigen, aber wenn man es zusammenfasst, das versuche ich hier auf zwei Seiten, dann ist es so, dass wir in Berlin eine bessere Ausgangslage haben, wir allerdings im Bundesländervergleich sehen, dass andere Bundesländer höhere Steigerungsraten bei den Beschäftigungsquoten und eine größere Senkung bei den Arbeitslosenquoten haben. Bayern entwickelt sich da zum Beispiel inzwischen an Berlin vorbei, und es gibt noch so ein paar andere Sachen. Man muss da schon etwas tun. Das ist, glaube ich, ganz wichtig.

Wir haben von den Hürden bei der Arbeitsaufnahme gehört. Wir haben auch gehört, dass sehr viele eine sehr hohe Arbeitsbereitschaft haben. Wir haben unter anderem auch ganz umfangreiche, große Statistiken durchgeführt, in denen wir ukrainische Kommunikation in Telegram in 258 Gruppen danach geclustert haben, über welche Themen seit 2023 diskutiert wird. Es ist ganz klar zu erkennen, dass am Anfang eine Orientierung im Rechtssystem, Wohnen, Sozialsystem da war. Inzwischen dominiert ganz eindeutig das Thema Arbeit und Arbeitssuche. Ich kann das nur noch mal bestätigen, dass eine sehr hohe Arbeitsbereitschaft da ist und auch eine hohe Bereitschaft zu Kompromissen, aber nicht nur, denn – Sie wissen das – Ukrainerinnen und Ukrainer sind viel besser gebildet als andere Geflüchtete, die wir in der Vergangenheit hatten, und wir haben einen viel höheren Frauenanteil, auch in Berlin, nicht ganz so hoch wie in anderen Bundesländern.

Das hat zur Folge, dass sie auch verstanden haben – wir lesen viel in Social Media mit, weil wir auf Ukrainisch beraten –, was der Arbeitsmarkt hier eigentlich braucht und will, nämlich qualifizierte Beschäftigte, dass man dafür genügend Deutschkenntnisse braucht und eine Anerkennung der eigenen Qualifikationen und dass man auch Lock-in-Effekte haben kann, wenn man in bestimmte Jobs einsteigt. Das ist natürlich aufwendiger, aber es ist gleichzeitig das, was wir eigentlich wollen. Das ist trotzdem mit einer hohen Bereitschaft zur Ausübung von

Hilfstätigkeiten und einem unterqualifizierten Einstieg verbunden. Nur die Hälfte unserer Befragten sagt, sie sei besser qualifiziert als der Job, den sie habe. Wir haben trotzdem einen hohen Anteil an Helferberufen, aber einen höheren Anteil an Fachkräfte-, Experten- und Spezialistenjobs als bei anderen zugewanderten Gruppen. Wir haben also ganz viele Voraussetzungen, etwas zu tun.

Was aber nicht gut funktioniert – ich beeile mich –, ist das berufsbegleitende System für Spracherwerb und Anpassungsqualifikationen. Der Weiterbildungs- und Sprachbildungsmarkt ist nicht darauf eingestellt, so etwas wie eine Dualität von Job und Weiterqualifizierung gut zu leisten. Das ist aber eine Voraussetzung dafür, dass so etwas wie ein Job-Turbo funktioniert. Wir haben auch eine ganze Menge an Passungsschwierigkeiten. Das haben wir zwischendurch schon gehört, sowohl, weil die Situation der Arbeitgebenden unter Druck gerät als auch, weil es viel um Matching und Integrationsmanagement geht. Ich plädiere immer stark dafür, da mehr duale Modelle zu finden, wo man sagt, Wirtschaft und Staat arbeiten besser zusammen als bisher.

Wir haben – das haben wir schon ganz am Anfang gehört – trotzdem eine gute Voraussetzung, um in den nächsten Jahren eine starke Steigerung der Beschäftigungsquoten zu sehen. Wir haben auch – das habe ich mit der einen kleinen Statistik gezeigt – eine starke Auswirkung darauf, dass, wenn wir es gut machen, wir auch einen nachhaltigen Arbeitsmarkteffekt der Zuwanderung haben können, und das ist der, um den es geht. Das hat Herr Pätzold ganz am Anfang noch mal dargestellt, warum wir diesen Punkt hier gemacht haben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Insgesamt, muss ich sagen, ist das eine sehr tolle Anhörung, mit ganz vielen sehr wichtigen Fakten und einem sehr guten Input. Wir haben auch gleich sehr viele Wortmeldungen dazu. Bevor wir zu diesen Wortmeldungen, hat natürlich zunächst der Senat das Wort. – Bitte schön!

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Möglichkeit, dieses wichtige Thema heute hier zu besprechen, vielen Dank auch für den wichtigen Input der Anzuhörenden! Ich glaube, ich kann sagen, ich habe den Vortrag schon ein paar Mal in die Richtung gehört, und wir sind da auch an wesentlichen Punkten einer Meinung, beziehungsweise in einem engen und vertrauensvollen Austausch – auch dafür noch einmal ganz herzlichen Dank! Berlin zeigt hier auch noch mal, was für eine wichtige Struktur wir uns an der Stelle geschaffen haben, die wir natürlich auch immer wieder weiterentwickeln und wo wir partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Bei der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der Ukraine, das haben wir ja darstellt, gibt es Erfolge und Fortschritte. Gleichzeitig haben wir die Herausforderungen auch ganz deutlich dargestellt bekommen. Wir haben die Arbeitsmarktzahlen gesehen, die grundsätzlich in eine richtige Richtung weisen. Seit dem Kriegsausbruch 2022 hat die Zahl der Beschäftigten mit ukrainischer Staatsangehörigkeit in Berlin um 11 570 Menschen zugenommen, darunter 9 720 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Das ist der Stand aus dem Juni 2024. Von den bei den Jobcentern und Arbeitsagenturen gemeldeten erwerbstätigen Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit ist ein großer Teil, circa 40 Prozent, noch in Integrationskursen, berufsbezogener Deutschsprachförderung, Ausbildung beziehungsweise Schule oder anderen Fördermaßnahmen.

Bei der Bewertung der Zahlen sind immer auch die teils schwierigen Rahmenbedingungen, die auch dargestellt wurden – die Wohnsituation, Betreuungsbedarfe, die wirtschaftliche Lage, aber auch Faktoren wie fluchtbedingte psychische Belastungen und unsichere Zukunftsperspektiven –, zu berücksichtigen. An der Stelle noch der kleine Hinweis, weil, glaube ich, auch von Frau Karger angesprochen wurde, wie es mit einem Gesamtkonzept aussieht: Tatsächlich hat Berlin ein Gesamtkonzept für Geflüchtete, auch ein Gesamtkonzept für Ukrainerinnen und Ukrainer. Die Herausforderung ist tatsächlich, dass wir natürlich, wie Sie es dargestellt haben, in ganz vielen anderen Bereichen – sei es die Wohnsituation, sei es die Frage von Unterbringungen – mit den Bezirken immer wieder in ganz schwierige politische Abstimmungen gehen müssen. Das bedeutet, wir als Integrationsverwaltung sind da eher treibende Kraft und haben sie da auch in ihren Bemühungen um Unterstützung und in ihrer Bedarfsanalyse verstanden.

Wir sehen es auch so, dass sich die Debatte um die Ukrainerinnen und Ukrainer nicht eignet, um die aufgeheizte Migrationsdebatte zu befeuern. Wir denken, dass wir eher eine große Chance und eine große Gruppe, die sehr gut qualifiziert ist, bei uns haben. Wir haben es gemerkt, dass die Zielrichtung gegen Ukrainerinnen und Ukrainer beim Thema ganz schnell übergeschwappt ist in eine allgemeine Bürgergelddebatte, wo man einfach sagen kann, das ist sehr durchschaubar und falsch. Dem stellen wir uns an der Stelle auch ganz klar entgegen.

Wir als SenASGIVA ergänzen mit unseren Beratungs- und Förderangeboten die Vermittlungs- und Fördermaßnahmen der Bundesagentur. Im Rahmen des vom Arbeitsminister initiierten Job-Turbos arbeiten wir besonders eng mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der BA zusammen. Da hatten wir auch schon eine Reihe gemeinsamer Termine. Zur Umsetzung des Job-Turbos in Berlin haben wir gemeinsam, unter Beteiligung von Unternehmen, den Wirtschafts- und Sozialpartnern und, das war mir auch ganz besonders wichtig, der Migrantenselbstorganisationen und Beratungsstellen, eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt.

Es gibt außerdem eine Vielzahl an Jobmessen und Infoveranstaltungen, Beratungsangeboten und digitalen Informationsmöglichkeiten. Die Jobcenter berichten, dass die Geflüchteten aus der Ukraine eine hohe Termintreue, Teilnahmequote und Motivation zur Arbeitsaufnahme zeigen. Trotz dieser positiven Aspekte gibt es aber Herausforderungen, wie eben von den Anzuhörenden dargestellt, wie beispielsweise zu hohe Anforderungen der Arbeitgeber an das Sprachniveau, beziehungsweise die angesprochenen Herausforderungen bei der Spracherlernung während man schon im Job ist. Die Jobcenter berichten auch, dass ein großer Beratungsbedarf besteht, insbesondere für geflüchtete Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen, die oft nicht bereit seien, einfache Tätigkeiten anzunehmen. Zudem werden lange Anerkennungsverfahren für reglementierte Berufe als Hindernis genannt.

Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass ein Großteil persönliche Netzwerke zur Jobsuche nutzt. Deshalb sollten wir die Vernetzung der Akteure in Nutzungskanälen der Community intensivieren. In Fragen der Berufsankennung, der Berufs- und Sprachkurse und der beruflichen Qualifikation gibt es noch einiges zu optimieren. Da sind wir, so weit es unsere Zuständigkeit betrifft, dran, zum Beispiel, um Geflüchtete bei der Orientierung in komplexen Systemen der Berufsankennung zu unterstützen.

Im Zusammenhang mit dem Job-Turbo besteht ein Spannungsverhältnis zwischen der schnellen Vermittlung einerseits und dem Qualifizierungsbedarf für Fachkräfte andererseits. Dieses Spannungsverhältnis müssen wir so gut wie möglich durch fortgesetzte Sprachförderung, Qualifizierung on the job und berufliche Aufwärtsmobilität auflösen. Dabei appellieren wir an die Unternehmen, in ihrem eigenen Interesse zur Deckung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs weiterhin offen für die Einstellung von Geflüchteten zu sein, auch wenn das oft mit einem erhöhten Aufwand, beispielsweise aufgrund der Freistellung für Sprachkurse, verbunden ist. Der neue Job-Berufssprachkurs muss sich da auch etablieren. Besonders wichtig ist uns außerdem, dass wir deutlich Unterschiede bei der Erwerbstätigenquote zwischen geflüchteten Männern und Frauen abbauen und geschlechterbezogene Arbeitsmarkthindernisse stärker berücksichtigen.

Vielleicht lassen Sie mich als Integrationsstaatssekretär an der Stelle noch einige Anmerkungen machen. Ich glaube, bis zu einem gewissen Punkt ist es schon so, dass wir bei der Gruppe natürlich auch immer wieder darauf hingewiesen werden, was für Fehler derzeit eigentlich in unserem System sind. Die Wohnungssituation war schon prekär, bevor die Menschen zu uns gekommen sind. Wir werden immer wieder, bei ganz vielen Punkten, seien es bürokratische Hürden, andere Thematiken, darauf hingewiesen, wenn es zu einer erhöhten Belastung kommt, dass wir dort auf jeden Fall investieren, die eine oder andere Frage vielleicht auch mal anders betrachten sollten. Deswegen wäre meine große Bitte, dass wir natürlich einerseits den Job-Turbo im Blick haben, andererseits aber auch nicht vergessen, dass wir an der einen oder anderen Stelle einen Integrationsturbo – als Verwaltung, aber auch als Parlament – zünden sollten. Das bedeutet: Wohnen, Sprache, Kinderbetreuung, und das sollten wir natürlich auch alles in einem Gesamtkonzept vernetzen, sodass wir da die großen Fragen nicht aus den Augen verlieren, und, das wurde ja auch gesagt, immer im Blick haben, dass es um Menschen geht, die hier bei uns Zuflucht suchen und die wir als große Chance begreifen sollten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Wir haben jetzt insgesamt sieben Wortmeldungen. Ich hoffe, dass nicht zu viele Fragen kommen. – Geben Sie mir ansonsten gerne ein Zeichen, wenn Sie einen Break haben wollen und einfach schon etwas beantworten wollen. Ansonsten sammeln wir. – Wir fangen an mit Herrn Valgolio an, bitte schön!

Damiano Valgolio (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen herzlichen Dank an die Anzuhörenden, schon allein deshalb, weil Sie mit ein paar Zahlen und Fakten Licht ins Dunkel gebracht haben! Das ist ja vielleicht das beste Mittel gegen Fake-News und Hetze in diesem Bereich, auch wenn es wahrscheinlich nicht genügen wird, aber das ist, glaube ich, der erste Schritt: sich einfach mal die Fakten anzugucken. – Das vorweg.

Ich habe vier Punkte und Fragen, die ich mit Ihnen gerne noch vertiefen würde. Erstens, das wurde von vielen angesprochen, die Frage der Sprachkurse. Da hatte Frau Dr. Gatskova dargestellt, dass fehlende Sprachkenntnisse die Haupthürde für die Aufnahme einer Beschäftigung sind. Herr Pfeffer-Hoffmann hatte angesprochen, dass ein Problem bei den Sprachkursen ist, dass sie häufig nicht berufsbegleitend stattfinden können. Das heißt, man muss sich dann überlegen: Mache ich vorher einen Sprachkurs, also bevor ich die Arbeit aufnehme, und dann kann nicht arbeiten, oder nehme ich eine geringer qualifizierte Arbeit auf und hänge dann da fest? – Das ist dieses Lock-in-Problem, das auch Frau Karger angesprochen hatte.

Deshalb meine Frage an alle Anzuhörenden und auch an den Senat, ob diese Einschätzung geteilt wird, dass bei den Sprachkursen ein großes Problem ist, dass die nicht berufsbegleitend angeboten werden oder stattfinden können. Wenn das so ist, wie kann man das ändern? Muss man da mit den Trägern reden, die die Sprachkurse anbieten? Muss man mit den Arbeitgebern reden und da vielleicht auf sie einwirken, dass sie es stärker ermöglichen, Sprachkurse während der Tätigkeit aufzunehmen? Was kann man da machen, damit Spracherwerb stärker berufsbegleitend, also während der Tätigkeit, stattfinden kann? Das ist meine erste Frage. Zweitens, zu den Sprachkursen: Wo schleift das Ihrer Einschätzung nach sonst noch? Wie gesagt, wir haben ja gesehen, die Sprachbarriere ist die am häufigsten genannte Hürde. Was kann man da bei den Sprachkursen noch verbessern, oder gibt es da vielleicht gar nicht so viel zu verbessern, und das ist einfach eine Sache, die ein bisschen Zeit braucht? Das würde mich interessieren. – So viel zu den Sprachkursen.

Meine zweite Frage bezieht sich auf den Job-Turbo. Da haben wir gehört, dass das teilweise funktioniert, teilweise, das hatte, glaube ich, Frau Karger gesagt, ist da die Einschätzung, dass die Instrumente, die da möglich sind, nicht in ausreichendem Maße in Anspruch genommen werden. Ich hatte Sie jetzt so verstanden, Frau Karger, dass die Instrumente des Job-Turbos sogar zur Dequalifikation beitragen, dass da also sogar Anreize geschaffen werden, Arbeiten unterhalb der eigenen Qualifikation anzunehmen. Daher meine Frage: Was kann da beim Maßnahmenpaket des Job-Turbos verbessert werden? Wie können diese Instrumente so verändert werden, dass sie diesen Dequalifizierungseffekt eben nicht haben? Weil ja von verschiedenen Anzuhörenden gesagt wurde, dass die Haupthürde möglicherweise gar nicht so sehr bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt, sondern vielleicht bei den potentiellen Arbeitgebern. Das ist ja immer so: wenn ein Arbeitsverhältnis zustande kommen soll, braucht man nicht nur den Arbeitnehmer, sondern auch das Unternehmen, das denjenigen oder diejenige einstellt. Da schleift es momentan ein bisschen. Deswegen meine Frage: Wie kann man da noch stärker auf die Unternehmen einwirken und Anreize schaffen, damit mehr Arbeitsverträge mit Ukrainerinnen und Ukrainern abgeschlossen werden und die Instrumente, die das Job-Turbo-Paket vorsieht, von den Unternehmen stärker in Anspruch genommen werden? Was kann man da noch machen?

Dritte Frage, also vorletzte: Weil auch Frau Gatskova dargestellt hatte, dass die zweitgrößte Hürde neben den Sprachkenntnissen die mangelnde Anerkennung der Qualifikationen ist, wollte ich mal nachfragen, was man in dem Bereich machen kann. Denn wenn wir beklagen, dass die Beschäftigung häufig unterqualifiziert stattfindet, dann muss man natürlich auch sagen, wenn die Beschäftigung qualifikationsadäquat stattfinden soll, dann geht das natürlich nur, wenn die vorhandenen Qualifikationen, die ja in der Regel in der Ukraine erworben worden, in Deutschland anerkannt werden. Nur, wenn meine Qualifikation als Krankenpflegerin oder als Ärztin oder was auch immer, als Architektin, in Deutschland anerkannt wird, kann ich so einen Job annehmen und damit qualifikationsadäquat arbeiten.

Wir hatten schon in der Vergangenheit festgestellt, dass es bei der Anerkennung der Berufsabschlüsse drei große Hürden gibt. Bei den Pflegeberufen ist das Problem, dass das LAGeSo da einfach zu langsam arbeitet, teilweise Bearbeitungszeiten von über einem Jahr, und das sind ja diejenigen, die zum Beispiel die Anerkennung einer Pflegequalifikation leisten müssen. Daher meine Frage an die Anzuhörenden: Hat sich da etwas verbessert? Und weil ich vermute, dass sich da nicht so viel verbessert hat, die Frage an den Senat: Wann und wie wird sich da am LAGeSo etwas verbessern? Zweite Frage: Gibt es in Berlin inzwischen die Anpas-

sungslehrgänge, die ja für viele Pflegeberufe erforderlich sind, damit die Qualifikation anerkannt wird, zum Beispiel MTA-Berufe, die ganzen Assistentinnen- und Assistentenberufe im medizinischen Bereich. Da muss ja ein Anpassungslehrgang gemacht werden. Wir hatten auch das Problem, dass es die in Berlin teilweise gar nicht gibt. Gibt es in Berlin inzwischen mehr Anpassungslehrgänge für Pflegeberufe, frage ich die Anzuhörenden, aber auch den Senat?

Vierte Frage: Da wir ja gesehen haben, dass es bei der Beschäftigungsquote deutlich nach oben geht, aber immer noch ein bisschen Luft ist, frage ich, ob es gut ist, dass im jetzigen Doppelhaushalt für 2024 und 2025 in diesen Bereichen doch ziemlich erheblich gekürzt wird, wenn es um Arbeitsförderungsmaßnahmen gerade für Migrantinnen und Migranten geht, also ARRIVO, Willkommen in Arbeit. Diese ganzen Projekte sind ja ziemlich heftig dem Rotstift zum Opfer gefallen. Da ist meine Frage, ob das angesichts der Debatten, die wir in Deutschland haben, und des gemeinsamen Vorhabens, die Beschäftigungsquote weiter nach oben zu schrauben, so geschickt ist.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank für Ihre Ausführungen beziehungsweise Ihre Fragen! – Dann bin ich dran.

Lars Düsterhöft (SPD): Ich möchte einfach noch mal die Chance nutzen und Ihnen allen für Ihren Input danken, für Zahlen, Daten, Fakten und für die sachliche und fachliche Betrachtung dieses Themas, das ja derzeit in der allgemeinen Stimmung komplett vergiftet ist! Ich empfinde die aktuellen Debatten – ob es nun die Asyldebatte ist oder die Bürgergelddebatte – als komplett vergiftet, maßgeblich durch Lügen, die von der AfD verbreitet wurden – ganz besonders auch von Ihrem besten Freund Herrn Höcke, Herr Weiß! – [Zuruf von Thorsten Weiß: Sprechen Sie jetzt eigentlich als Vorsitzender?] – Nein! Ich spreche hier als Sprecher. Deswegen habe ich mich als Vorsitzenden rangenommen, und ich spreche hier gerade als sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und die AfD arbeitet stets mit Lügen und Vorurteilen und schürt diese! Die Auswirkungen Ihrer Art und Weise Politik zu machen, erleben wir in unserer Gesellschaft von morgens bis abends, und das kotzt mich wirklich an, das sage ich jetzt auch als Sprecher der SPD. – [Zuruf von Thorsten Weiß: Die Umfragewerte kotzen Sie an, Herr Kollege!] – Nein, diese Umfragewerte kotzen mich tatsächlich überhaupt nicht an, sondern die Politik Ihrer Partei, und ich gehe jetzt nicht weiter darauf ein, was Sie dazwischen rufen, denn nicht nur Ihre Politik finde ich widerlich, sondern ich finde es auch widerlich, wie die Politik der anderen Parteien, bis auf Die Linke, in den letzten Wochen und Monaten darauf eingegangen ist, und dass wir Ihre Themen übernommen haben, das Wording der AfD übernommen haben und in Teilen sogar die Lösungsansätze der AfD übernommen haben, anstatt, wie es heute erfolgt ist, mit Zahlen, Daten, Fakten zu kommen, die Menschen tatsächlich aufzuklären und zu zeigen, dass Integration in Deutschland sehr gut funktioniert, dass beispielsweise 68 Prozent der syrischen Geflüchteten, darauf bezogen sich ja die Zahlen, in Deutschland arbeiten gehen und tatsächlich einfach länger gebraucht haben, um unsere Sprache zu lernen, dann aber den Weg in unsere Gesellschaft finden und ein ganz wichtiger Teil von uns werden. Nicht ohne Grund lassen sich auch schon sehr viele Menschen einbürgern, die 2015/16 und folgend nach Deutschland kamen. – Deswegen bin ich so dankbar für Ihre Arbeit, die Sie, liebe Anzuhörende, tagtäglich leisten, und dafür sorgen, dass die Menschen hier auch ankommen können – [Unruhe] –.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ich möchte darauf hinweisen, dass derzeit ich spreche, und alle anderen dürfen jetzt gerne schweigen. Wir haben eine Rednerinnen- und Rednerliste. – Herr Weiß! Sie dürfen sich gerne melden, und dann sind Sie auch noch mal dran. Frau Au-richt hat sich schon gemeldet.

Lars Düsterhöft (SPD): Also vielen Dank für Ihre Arbeit, und ich wünsche mir, dass wir die heutige Anhörung alle noch mal bei Facebook et cetera teilen, den Link zu dem Video, damit sich vielleicht einfach ein paar mehr Menschen diesen Input holen und sehen, dass die Welt nicht so ist, wie sie dargestellt wird, ob nun durch die AfD oder im Nachgang dann durch die anderen Parteien, die sich bedauerlicherweise auf diesen rechten Zug draufgesetzt haben.

Eine Frage habe ich noch an Frau Gatskova: Ich wüsste gerne, wie viele Ukrainerinnen und Ukrainer derzeit eigentlich in Sprach- und Integrationskursen sind. Da müsste ja auch die Agentur für Arbeit entsprechende Zahlen, Daten, Fakten haben. Damals, als es um die syri-schen Geflüchteten ging, gab es da auch, so habe ich es immer wahrgenommen, sehr viel Ver-ständnis dafür, dass jemand, der aus dem arabischen Raum kommt, nicht sofort unsere Spra-che sprechen kann, geschweige denn unsere Sprache lesen kann. Genauso verhält es sich auch bei den Ukrainerinnen und Ukrainern. Deswegen würde ich von Ihnen gerne noch mal wis-sen, wie groß eigentlich die Quote der Menschen ist, die sich gerade auf den Weg machen, unsere Sprache zu lernen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Als Nächster ist Herr Dr. Pätzold dran. – Bitte schön!

Dr. Martin Pätzold (CDU): Vielen Dank! – Das Schöne an Anhörungen ist ja eigentlich immer, dass man sich sehr sachlich differenziert mit den Inhalten auseinandersetzen kann, so wie wir das auch gehört haben, dass wir, finde ich, die große Verantwortung haben, so wie ich es ja auch eingangs dargestellt habe, uns mit den Fakten zu beschäftigen und daran zu arbei-ten, dass es gelingt, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Jeder kann sich gerne von den drei Punkten, die ich genannt habe, die aussuchen, die am besten gefallen. Das ist mir an der Stelle egal. Aber es sollte uns umtreiben, dass es gemeinsam gelingt, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Deswegen will ich schon deutlich machen, dass wir uns die Zahlen genau angucken müssen. – Du hast es gerade gesagt: 70 Prozent derer, die 2015/16 aus Syrien gekommen sind, sind jetzt in Arbeit. Die Quote liegt trotzdem über alle Syrer gerechnet gerade mal bei 40 Prozent. Das zeigt ja schon, dass zwei Drittel derer, die aus Syrien stammen, aktuell nicht arbeiten. Das kann natürlich auch aus Sicht derer, die da sind, nicht zufrieden stellen, weil wir natürlich daran arbeiten müssen, dass die in Beschäftigung kommen. Wir erleben das ja alle auf unseren Straßenveranstaltungen, öffentlichen Veranstaltungen, dass ein Unbehagen da ist, und damit müssen wir umgehen. Ich will das hier mal sehr sachlich formulieren. Umso wich-tiger sind ja auch die Fachmeinungen der Anzuhörenden.

Ich will mit Ihnen anfangen, Herr Pfeffer-Hoffmann, weil ich ja weiß, dass Sie in dem Be-reich sehr viel akademisch arbeiten, wir ja auch die Möglichkeit haben, uns dazu regelmäßig auszutauschen. Sie haben es ja angesprochen, das Thema, dass viele aus der Ukraine auch in Tätigkeiten unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten.

Wenn Sie vielleicht mal darstellen könnten, wie da eine Möglichkeit aussehen kann. Sie hatten diese Lock-in-Effekte genannt, die in der Wissenschaft auch immer als sehr positiv bewertet werden, wenn man erst mal in eine Beschäftigung kommt und darüber dann den Aufstieg nutzt, wieder in die Beschäftigung zu kommen, wo man eigentlich das Qualifikationsniveau hat, dann ist das, glaube ich, schon eine positive Sache. Wenn Sie hier mal darstellen könnten, welche Möglichkeiten wir als Land Berlin haben, an der Stelle noch stärker zu unterstützen.

Der zweite Punkt, der mich bei Ihnen umtreibt, da wir in der Vergangenheit auch öfter dazu gesprochen haben, ist der ganze Bereich Social Media oder Chatgruppen, also Telegram und alles, was dazu gehört. Da muss man ja feststellen, auch aus Sicht eines arbeitsmarktpolitischen Sprechers, dass wir damit nicht zufrieden sein können, dass dort viele Jobangebote unter Mindestlohnniveau gemacht werden. Wenn man sich das statistisch genau anschaut, das haben wir beide getan, dann sieht man, dass ein großer Teil der Beschäftigungen, die sich in diesen Telegramgruppen finden, unterhalb des Mindestlohnbereichs sind. Da rede ich nicht vom Landesmindestlohn sondern vom Bundesmindestlohn. Das kann nicht sein, und das darf nicht sein. Da sollten wir vielleicht auch darüber nachdenken, ich will das hier mal anregen, ob wir nicht im Land Berlin schauen, ob man da in diesen Gruppen unterstützen kann, dass man mit Informationen, das war ja auch ein Gegenstand des heutigen Austausches, dazu beiträgt, dass die Leute wissen, dass sie einen Anspruch auf diesen Mindestlohn haben. Das ist etwas, was wir immer sicherstellen sollten. Wir wollen kein Lohndumping.

Frau Karger! Sie haben, wie ich finde, sehr leidenschaftlich – wir kennen uns ja auch gut, und so kenne ich Sie – gesagt und eingeordnet, wie Sie das sehen. Sie merken ja, ich finde schon, dass wir auch die andere Sichtweise ein bisschen berücksichtigen müssen, einfach weil die Leute das spüren, ich sage mal Betrachten der Lebenswirklichkeit, das ist ja etwas, was wir sehen. Ich habe einen Ostberliner Wahlkreis. Da kann ich den Leuten nicht erzählen, dass die Beschäftigungsquote in Berlin bei 30 Prozent und deutschlandweit bei unter 25 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer liegt, und wir damit zufrieden sein können, sondern wir arbeiten ja gemeinsam daran, dass das besser wird.

Mich würde interessieren – einiges ist Bundesgesetzgebung, auch von dem, was Sie angesprochen haben, da gibt es ja Entwicklungen in die richtige Richtung, und trotzdem geht es zu langsam –, was Ihre Erwartungen an uns als Land wären, ganz konkret, was wir an der Stelle besser machen können, damit wir zu den Quoten kommen, bei denen ich gerne sein möchte, dass also 50, 60, 70 Prozent, derer, die hier sind, auch arbeiten können. Dass wir Rahmenbedingungen haben, die dazu führen, dass Menschen, die hier sind, aktuell nicht arbeiten können, daran arbeiten wir ja auch, aber wenn Sie das noch mal darstellen könnten, was wir nach Ihrer Auffassung als Land für Möglichkeiten hätten, um hier einen Beitrag zu leisten, dass es uns gelingt, mehr ukrainische Geflüchtete in Arbeit zu bekommen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank, Herr Dr. Pätzold! – Frau Auricht, bitte schön! Sie haben das Wort.

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Ich habe auch ein paar Fragen. Ich werde mal da anfangen, wo der Herr Valgolio angefangen hat, nämlich bei diesen Sprachkursen. Ich war jetzt ein bisschen überrascht, Frau Karger, weil Sie gesagt haben, dass die Sprachkurse doch gar nicht so genutzt werden, wie sie eigentlich vorhanden sind. Ich wäre jetzt der Meinung gewesen, es gibt gar nicht genug An-

gebot. Die Ursache hatte Herr Valgolio schon vermutet: Vielleicht sind sie nicht so gut an die Bedarfe angepasst. Liegt es aber vielleicht auch daran, dass bei vielen Menschen doch der Wunsch besteht, irgendwann zurückzukehren und zu sagen: Ich brauche diesen Sprachkurs eigentlich nicht, und deshalb suche ich mir jetzt einen Job, wo ich die Sprache gar nicht so nötig brauche? Sie haben ja erwähnt, dass das Sprachniveau gerade auch in den Helfertätigkeiten gar nicht so hoch ist, wenn überhaupt eines vorhanden ist. Man kann ja viele Sachen machen ohne die Sprache zu beherrschen. Ist das vielleicht auch eine Möglichkeit, warum die Sprachkurse gar nicht so genutzt werden, wie wir sie anbieten?

Dann haben wir gehört, die Quote der Beschäftigungen liegt so zwischen – das schwankt hier ja so ein bisschen – 25 und 30 Prozent. Gibt es da Initiativen oder auch Austausch mit anderen EU-Staaten? Denn da liegt die Quote ja weitaus höher, wenn ich an Dänemark oder Schweden denke, was man da besser machen kann, wie man die Leute besser und schneller in Arbeit bekommt, das würde mich auch mal interessieren. Wie sieht es da mit dem europäischen Austausch aus?

Frau Maksymova! Ich hoffe, ich habe es richtig ausgesprochen. Sie haben ja dieses Ehepaar erwähnt, dass bei – ich sage jetzt keinen Namen – vielen Leiharbeitsfirmen war. Ich glaube, ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen, das ist wirklich ein Problem der Leiharbeit. Das geht nicht nur den ukrainischen Geflüchteten so, das geht vielen so, die sich in Leiharbeit befinden. Oder auch diese Problematik bei den Reinigungsfirmen, Hotels: Ich glaube, das ist ein Problem, das auf einer ganz anderen Stufe angepackt werden müsste. Das hat jetzt nichts speziell mit ukrainischen Flüchtlingen zu tun, denn die Problematik gibt es hier in Berlin oder Deutschland einfach schon länger.

Was habe ich noch? Jetzt muss ich mal gucken. Es wurde ja erwähnt, dass man oftmals in niedrigschwelliger qualifizierten Berufen arbeitet oder diese Arbeit ablehnt, weil man fürchtet, dass man dort hängenbleibt. Das sehe ich jetzt – das ist jetzt meine Meinung – gar nicht so. Ich glaube, das kann auch ein Einstieg sein, um wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen, und ich glaube, dass es da auch nicht so etwas gibt wie unter der Würde. Dass man wieder einen Einstieg in den Arbeitsmarkt findet, finde ich jetzt gar nicht so dramatisch. Ich glaube auch nicht, dass das eine Falle ist.

Ich würde noch gerne wissen wollen: Die Maßnahmen, die Sprachkurse, wie viele wurden da schon absolviert? Was hat der Senat vor, um die Abschlüsse aus der Ukraine schneller anzuerkennen, und wie werden viele Maßnahmen evaluiert? Das würde mich auch noch mal interessieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Frau Auricht! – Herr Wapler, bitte schön!

Christoph Wapler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Lassen Sie mich vor dem Hintergrund der Diskussion auch noch zwei Worte zur Einordnung sagen. Ich glaube, das hatte ich auch schon gesagt, als wir zum ersten Mal zu dem Thema zusammensaßen, das war 2022, relativ kurz nach dem russischen Überfall: Geflüchtete sind kein Fachkräftereservoir. Sie sind hier, weil es den russischen Überfall auf die Ukraine gegeben hat, und sie haben ein Recht darauf, hier zu sein. – Diese blasierte Haltung, die müssten sich hier irgendwie nützlich machen, die kommt vielleicht von Ihnen, aber sicherlich nicht von uns.

Wenn wir hier über die Zahlen reden, inwieweit die Integration in den Arbeitsmarkt gelungen ist, dann deshalb, weil es hier um soziale Teilhabe geht und die Möglichkeit, hier in Deutschland ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das ist auch die soziale Verantwortung, die Herr Dr. Pätzold bei der Einbringung mit Recht angesprochen hat.

Ich halte auch noch mal fest, dass die Chimäre von der geringen Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen ukrainischer Geflüchteter tatsächlich Fake News ist. Es gibt in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung und auch eine stabile Entwicklung. Vor diesem Hintergrund kann ich auch den Ärger über die gekippten Asyl- und Bürgergelddebatten voll nachvollziehen, geht mir genauso. Da laufen viel zu viele den Rechten hinterher, auch zu viele in der Ampel. Vielleicht können Sie, Frau Gatskova noch mal sagen, inwiefern soziale Transferleistungen überhaupt irgendeine signifikante Auswirkung auf die Beschäftigungsquote haben, inwiefern so etwas überhaupt messbar ist.

Ich finde die Diskussion zum Job-Turbo interessant, auch von Gewerkschaftsseite. Vielleicht auch noch mal an Frau Gatskova: Es scheint mir tatsächlich so – Herr Landero hat von einem Spannungsfeld gesprochen –: Wenn wir sagen, wir wollen erst Sprache und Qualifikation, und andererseits versuchen wir mit dem Job-Turbo, möglichst viele möglichst schnell in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zu bringen, sehe ich natürlich die Gefahr, dass eben diese Beschäftigungen dann nicht immer der Qualifikation entsprechen. Es gab und gibt ja auch kritische Stimmen zum Job-Turbo. Ob da tatsächlich ein Hineindrängen in McJobs und Beschäftigungen stattfindet, die eben nicht der Qualifikation entsprechen, vielleicht können Sie das noch mal bewerten.

Ansonsten kann ich sagen, die Anhörung ist gut, und sie ist wichtig, aber wir haben in vielen Bereichen kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Über viele Sachen haben wir genauso vor zwei Jahren diskutiert: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Wichtigkeit von Sprachkursen, die Anerkennung von Berufsabschlüssen. Ich glaube, darüber diskutieren wir seit Jahrzehnten, lange vor dem Ukrainekrieg. Erkenntnisgewinn war bei mir vielleicht, dass dieses Training on the job, das klingt immer besonders smart, aber wenn man an Geflüchtete den Anspruch erhebt, sie sollen sich um ihrem Job kümmern, sie sollen die Sprache lernen, Sie sollen sich um ihre Familie kümmern und gleichzeitig eine Wohnung suchen, dann sieht dieses Training on the job wahrscheinlich so aus, dass wir damit latent jeden und jede überfordern.

Deshalb auch noch mal an den Senat, das hatte Herr Valgolio auch schon gefragt: Was ist jetzt tatsächlich an Unterstützungsleistungen beim Spracherwerb geplant, beim Ausbau des Angebots von Sprachkursen, und was ist beim Thema Anerkennung geplant? Das LAGeSo gibt bei den Gesundheitsberufen eine Wartezeit von drei bis vier Monaten an. Das ist, glaube ich, eine Legende, was die auf ihrer Webseite schreiben. Es gibt schon eine deutliches Plus bei der Zahl der Anerkennungen. Das müssen wir hier auch anerkennen, aber da ist tatsächlich noch viel Luft nach oben für eine positive Entwicklung.

Für das gesamte Bild, was Frau Karger angesprochen hat: Der ganze Bereich Antidiskriminierung gehört natürlich dazu. Das hat Herr Valgolio auch zu Recht angesprochen: Was machen wir? Wir leben in einer rassistischen Gesellschaft. Was machen wir, um diskriminierende Strukturen am Arbeitsmarkt abzubauen, diskriminierende Strukturen am Wohnungsmarkt abzubauen? Wo sind da die Programme, und wo ist dann auch die stabile Förderung in den

kommenden Haushaltsdebatten für die vielen Träger und Projekte, die alle mit Bangen auf das nächste Haushaltsjahr blicken und sehen, dass sie entweder überhaupt gar keine Zukunft haben oder ihr Angebot einschränken müssen? Inwiefern können Sie denen die Angst nehmen? Das würde mich interessieren. Soweit erst mal. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Wapler! – Auch wenn mir diese Debatte extrem wichtig ist, möchte ich mit Blick auf die Uhr den Hinweis geben: Wir haben heute noch drei sehr wichtige Tagesordnungspunkte, die wir bearbeiten müssen. Wir sollten also schauen, dass wir ungefähr in 20 Minuten mit diesem Tagesordnungspunkt durch sind. Auch wenn es mir leid tut, mache ich also ein bisschen Druck. – Frau Wojahn, bitte schön!

Tonka Wojahn (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich bemühe mich. Es sind ja viele Punkte genannt worden. Dennoch muss ich das noch mal aufnehmen, was Sie als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion und auch mein Kollege gesagt haben: Wir brauchen diese Zahlen, und deswegen vielen Dank an Sie, Frau Gatskova, dass Sie diese umfassende Studie durchgeführt haben! Wir kennen diese Zahlen, wir kennen Sie auch aus unserer Erfahrung, denn viele von uns betreuen Geflüchtete aus der Ukraine und sehen wirklich, wie schnell für diese Situation, in der sie sind, diese Menschen versuchen, hier Fuß zu fassen, die Sprache zu lernen und auch ein Teil dieser Gesellschaft zu werden.

Denn, das müssen wir ganz deutlich machen, ganz in Ihrem Sinne, Frau Karger, und auch, wie mein Kollege schon gesagt hat: Diese Menschen sind nicht nur Arbeitskräfte, die dieses Land insgesamt braucht, sondern das sind Menschen, die ein Anrecht darauf haben, hier zu sein. Die werden unsere Nachbarn, und sie werden auch Freunde. Wir müssen einfach diesen Gedanke mehr in die Gesellschaft tragen, dass ihr Aufenthalt hier nicht nur gerechtfertigt ist, weil wir Arbeitskräfte und Fachkräfte brauchen, sondern weil diese Menschen vor einem Krieg fliehen. Wir sollten bei allen Anforderungen und Forderungen an weitere Sprachkurse und weitere Maßnahmen nicht vergessen, dass diese Menschen zuerst in ein fremdes Land gekommen sind, weil sie vor einem Krieg geflüchtet sind. Das heißt, sie wussten auch eine Zeit lang nicht, wie es weiter um ihre Zukunft steht, und jetzt fangen sie an, sich hier zu stabilisieren. Wir sehen, auch die Zahlen zeigen das deutlich, dass sie durchaus in dieser Gesellschaft Fuß fassen wollen.

Eine Sprache berufsbegleitend lernen: Ich frage Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wer von Ihnen kann das selbst in so einem schnellen Tempo leisten? Ob wir nicht tatsächlich versuchen, die verschiedenen Modelle, die es gibt, also nicht nur zuerst Sprachförderung und dann Beruf, sondern auch Training on the job – – Das sind auch viele positive Beispiele dafür, dass die Menschen in Jobs kommen, und dass sie dort die Sprache lernen.

Meine Frage an Sie, Frau Gatskova, betrifft die Anerkennung: Welche Erfahrungen haben Sie mit den anderen Ländern bei Ihrer Studie? Wie lange dauern die Anerkennungen dort? Ist das ein Berlin-spezifisches Problem, ein Deutschland-spezifisches Problem, dass es mit den Anerkennungen so lange dauert? Hierzu auch eine Frage an den Senat: Es gab mal ein Programm zur Förderung der Anerkennung, denn dieses Verfahren kostet auch nicht wenig Geld. Sind auch weitere solche Programme geplant, die vielleicht bei den Anerkennungsverfahren unterstützen?

An Frau Karger habe ich dann auch eine Frage. Sie haben gesagt, viele von den Menschen arbeiten einfach, und sie sprechen in ihrem Alltag, in ihrem Berufsalltag nicht mit den anderen. Welche konkrete Maßnahmen sehen Sie da gerade als DGB, auf diese Menschen zuzugehen? Denn die Notwendigkeit, sie über ihre Rechte und über die guten Arbeitsbedingungen zu informieren, läuft sozusagen, das haben wir jetzt gehört, auf verschiedenen Kanälen, auch über Hörensagen oder eigene Netzwerke. Welche weitere Möglichkeiten sehen Sie gerade? Ich denke auch an Betriebsräte, gezielte Ansprache oder Veranstaltungen, um das auch gezielt, aufgrund von sprachlichen Barrieren, mit Dolmetschern oder anderen muttersprachlichen Beschäftigten zu gewährleisten.

An Frau Maksymova habe ich die Frage: Welche Beratungs- und Vernetzungsangebote sind weiterhin notwendig? Sie haben gesagt, es gibt ein breites Netzwerk, und trotzdem bedarf es einer Beratung oder Begleitung, um es zu ermöglichen, die passende Arbeit zu finden und dort auch gut begleitet zu werden. Wie sehen Sie da die Möglichkeit, als BEMA noch mehr an diese Menschen heranzukommen? Noch eine Frage, auch an Sie: Gibt es auch Gründerinnen und Gründer, die sich an Sie gewendet haben, die auch Beratung benötigen? Wie ist die Erfahrung damit?

An Herrn Dr. Pfeffer-Hoffmann: Sie haben Bayern als Beispiel erwähnt und gesagt, dass dort eine viel schnellere Integration stattfindet. Vielleicht können Sie uns sagen, woran das liegt. Was ist der Unterschied zu Berlin? Ist es ein wirtschaftlicher Aspekt, oder liegt es sozusagen an den berufsbegleitenden Maßnahmen?

An den Senat habe ich die Frage: Wie sind denn die Jobcenter mit Personal ausgestattet, das sich speziell auf den Job-Turbo bezieht? Sind da auch weitere Qualifikationen notwendig? Gibt es da zusätzliches Personal? Wie stark ist die Begleitung bei den Vermittlungen in Arbeit durch die Jobcenter-Mitarbeitenden? Gibt es da Bedarfe bei den Jobcentern, nochmals personell nachzubessern? Zum Arbeitgeberservice: Wie schätzen Sie die Arbeit mit dem Arbeitgeberservice zwecks Information der Arbeitgeber und Beschäftigten ein? – Danke schön!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Frau Wojahn! Sie haben meine Worte beherzt. – Herr Meyer, bitte schön!

Sven Meyer (SPD): Es ist immer schwierig als Letzter, wenn vorher noch gesagt wird, auf gar keinen Fall lange sprechen. Ich gebe mir Mühe, will aber trotzdem zwei kleine Dinge sagen, weil es mir tatsächlich auf dem Herzen liegt. Erstens, jemand, der über andere urteilt, die ihre gesamte Lebensgeschichte hinter sich lassen, in ein anderes Land gehen, die Sprache nicht kennen, dann dort so viele Hürden haben reinzukommen, in die Arbeit gehen müssen, wer darüber urteilt, das ist für mich wirklich unerträglich, was ich dort höre, wenn man das nicht mal selbst erlebt hat. Diese Leute, die es dann schaffen, diesen Weg auf sich nehmen, aus welchen Gründen auch immer, haben meine größte Hochachtung, hier anzukommen. Ich finde, diese Hochachtung müssen wir ihnen auch entgegenbringen.

Alles andere hat Herr Düsterhöft gesagt. Ich schließe mich dem an, seinem leidenschaftlichen Appell und allem anderen. Das will ich kurz halten. Ich möchte mich aber wirklich noch mal bedanken, denn ist unglaublich wichtig, sich diese zwei Wege bewusst zu machen, die Sie aufgezählt haben, nämlich entweder erst den Sprachkurs und dann die Integration mit einer stabilen Integration oder gleich in den Arbeitsmarkt. Das ist nicht nur so, dass es diese Leute

betrifft, sondern es betrifft Generationen. Das sehen wir, weil daraus natürlich auch etwas erwächst. Daraus erwachsen natürlich Schwierigkeiten, soziale Schwierigkeiten, die sich fortentwickeln. Das heißt, wir stellen hier Weichen, die diese Gesellschaft bis in die Tiefe, bis in die Jahrzehnte prägen. Von daher ist es unglaublich wichtig, hier auch wirklich verantwortungsvoll für alle vorzugehen. Deswegen ist es so wichtig, dass Sie genau diese Punkte hier benennen, dass wir sie hier deutlich machen. Von daher auch wirklich noch mal meinen allergrößten Dank! Es ist glaube ich, ganz zentral, sich das bewusst zu machen, gegebenenfalls Anlaufschwierigkeiten in Kauf zu nehmen, aber wirklich an die Stabilität, an die Menschen zu denken, darüber hinaus an Generationen. – Nochmals herzlichen Dank!

Jetzt ganz schnell ein paar Fragen, die ich noch habe. Die Sprachkurse wurden benannt. Auch hier noch mal die Frage: Was muss besser gemacht werden? Haben Sie Ideen, kurz und bündig? Dann besteht Bedarf an Fort- und Weiterbildungen. Sie haben da ganz viel drüber gesprochen, Berufsankennung, welche Schwierigkeiten es gibt. Herr Valgolio hat schon den Bereich Pflege genannt. Gibt es darüber hinaus Bedarf? Müssen wir nachjustieren? Wo sind vielleicht weiße Punkte, weiße Flächen, wo wir etwas tun müssen, einfach um Qualifikationen, die zwar vorhanden sind, aber nicht eins zu eins auf den Markt passen – dass da tatsächlich nachjustiert werden kann.

Was kann getan werden, um diejenigen, die aufgrund ihrer Sprachkenntnisse in geringe Qualifikationen gegangen sind, da rauszuholen, sie zu erreichen, dass wir dort auch Fortbildungen, Weiterbildungen hinbekommen? Wie kriegen wir sie da wieder raus, damit sich das eben nicht verfestigt? Was können wir da tun? Denn da, wo passiert ist, ist es passiert, aber da können wir sie auch nicht alleine lassen. Da vielleicht auch wirklich die Frage an die BEMA, welche Erfahrungen Sie da haben, wie wir sie wieder erreichen können.

Dann die Frage: Werden Ausbildung eigentlich angenommen? Besteht Bedarf bei Ausbildungen, jetzt nicht nur Weiter- und Fortbildungen, sondern tatsächlich ganz konkret Ausbildungen, sowohl bei jungen Leuten wie auch bei älteren Leuten? Gerade in der Pflege beispielsweise gibt es ja Erwachsenenbildung, die auch teilweise sehr stark angenommen wird. Welche Bedarfe gibt es, wo muss da nachjustiert werden, auch was die Sprache angeht und so weiter?

Dann würde ich ganz gerne zu dem, was Herr Dr. Pätzold zu den Beschäftigungsquoten gesagt hat, fragen: Könnten Sie das einordnen? Sie haben die Beschäftigungsquoten jetzt durchaus positiv genannt. Herr Pätzold sieht das kritisch. Könnten Sie das vielleicht noch mal einordnen, wie Sie das auch im Vergleich zu anderen Ländern perspektivisch beurteilen? Vielleicht auch mal kurz skizzieren: Wie sind die Beschäftigungsquoten bei der einheimischen Bevölkerung, dass man einfach mal so ein Gefühl dafür bekommt. Das wäre, glaube ich, sehr wichtig, sodass diese Einordnung von Herrn Pätzold dort noch mal einen größeren Kontext bekommt.

Zum Job-Turbo wurde schon von Herrn Wapler gefragt. Das würde mich tatsächlich auch interessieren, wo da genau die Probleme sind, was gegebenenfalls gemacht werden kann, oder ob das Instrument schlicht in die falsche Richtung geht. – Dann noch mal zum Thema Anerkennung von Qualifikation: Gibt es dort gegebenenfalls über die üblichen Schwierigkeiten, die wir gehört haben, hinaus – was ich mal wieder gehört habe: hohe Kosten, Probleme bei der Übersetzung von Dokumenten und so weiter – immer noch massive Schwierigkeiten, die

auch wirklich von Senatsseite, Landesseite noch mal angegangen werden müssen, gedrückt werden müssen? Oder ist das tatsächlich etwas, das sich ganz gut eingerenkt hat? Soweit von meiner Seite. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Meyer, für die wenigen Fragen! – Jetzt haben Sie wieder das Wort. Mit Blick auf die Uhr: Ich kann Ihnen schon sagen, auch hier in die Runde, die Koalition hat sich verständigt, dass wir den Punkt 4 vertagen können und nur noch die Punkte 5 und 6 machen müssen und wollen, denn da gibt es ja auch einen gewissen Druck. Also wir haben 10 Minuten rausgeholt, sage ich mal. – Trotzdem die Bitte an Sie: kurz und bündig. Ich weiß, es ist schwierig. – Bitte, Frau Dr. Gatskova, Sie hätten jetzt das Wort, wenn Sie wollen. – Bitte!

Dr. Kseniia Gatskova (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) – [zugeschaltet] –: Vielen Dank! – Wir haben sehr viele interessante Themen angesprochen. Ich habe sie jetzt gruppiert und werde die Fragen dann auch nach dieser Struktur angehen.

Der erste Punkt sind bei mir die Sprachkurse. Was kann man machen, oder was kann man verbessern? Ich würde sagen, dass Sprachkurse für Frauen am besten sind, wenn man sie mit Kinderbetreuungsangeboten anbietet, dass also Frauen, die Kinder haben, aber noch keine Betreuungsplätze in Kitas oder Kindergärten bekommen haben, die Sprache lernen können, und gleichzeitig werden die Kinder dann dort in den Sprachkurseinrichtungen irgendwie betreut. Wenn wir über die Sprachkurse, die bis jetzt gemacht wurden, sprechen: Es sind nur zwei Jahre vergangen, und in zwei Jahren schafft eine normale Person nicht mehr als B2. Eine sehr begabte Person schafft es vielleicht, höhere Sprachkenntnisse zu erwerben, aber für eine normale Person ist es schon gut, innerhalb von zwei Jahren das B1/B2-Sprachkenntnisniveau zu erreichen. Für die meisten Berufen, die relevant für unsere Geflüchteten-Gruppe sind, sind diese Sprachkenntnisse nicht ausreichend. Man braucht sehr oft mehr als B2.

Sehr viele Frauen arbeiten zum Beispiel in Heilberufen oder pädagogischen Berufen, und dort braucht man mindestens C1. Das heißt, wir müssen einfach mehr Zeit geben, damit diese Frauen weiter fortgeschrittene Sprachkurse besuchen und höhere Sprachkenntnisse erreichen. Dann muss man die Sprachkurse möglichst früh anbieten. Es ist nicht selten, dass ich gehört habe, die Menschen warten fünf Monate oder teilweise auch länger, um einen Sprachkursplatz zu bekommen. Momentan sollte es ein bisschen besser gehen, da am Anfang eine sehr große Nachfrage bestand. Sehr viele Leute sind gleichzeitig gekommen, und die meisten haben keine Sprachkenntnisse gehabt. Die Nachfrage für bestimmte Sprachkurse war super hoch und jetzt hat es sich ein bisschen besser verteilt. Aber trotzdem: Diese Wartezeiten sollten nach Möglichkeit verkürzt werden.

Dann wurde die Frage gestellt: Wie viele Personen haben die Sprachkurse besucht? Laut der Studie, die wir im Frühjahr 2023 durchgeführt haben, waren von denjenigen, die noch nicht berufstätig sind, 70 Prozent entweder in Sprachkursen, Integrationskursen oder anderen Ausbildungsprogrammen beschäftigt. Etwa 25 Prozent waren inaktiv. Wenn wir den Fortschritt anschauen: Ja, der Spracherwerb schreitet voran, und wir sehen, dass die Leute mäßige bis gute Deutschkenntnisse haben. Im Spätsommer 2022 haben 17 Prozent gesagt, sie haben mäßige Deutschsprachkenntnisse, am Jahresbeginn 2023 schon 35 Prozent und zur Jahresmitte 2023 haben schon 50 Prozent angegeben, mäßige bis gute Deutschsprachkenntnisse zu haben. Wir sehen also, dass die Leute wirklich aktiv und relativ schnell die Sprache lernen. Trotz-

dem: Es ist noch nicht genug Zeit vergangen, um sprechend fortgeschrittene Sprachkenntnisse zu erwerben.

Was wahrscheinlich sehr gut helfen würde: mehr Praktika bei den Unternehmen anzubieten, sodass es noch nicht wirklich die Beschäftigung, die bezahlte Beschäftigung, ist, sondern einfach, dass die Leute in konkrete Firmen ankommen und dort erste Erfahrungen sammeln, wie der deutsche Arbeitsmarkt funktioniert. Unterstützung bei der Praktikumssuche wäre also auch eine sehr gute Möglichkeit.

Der zweite Punkt war zur Anerkennung. Ja, die Daten liegen immer verzögert vor, und ich kann nur zu früheren Kohorte sagen, dass die meisten zwei bis drei Jahre nach dem Zuzug ihre Anträge gestellt haben. Es geht jetzt um die frühere Kohorte, also die syrischen Asylsuchenden. Viele haben überhaupt keine Anträge gestellt, und viele Leute wussten gar nicht, dass sich die Anerkennung lohnt. Aber unsere Studien zeigen, dass die Anerkennung auf jeden Fall sehr viel Wert hat. Die größte Hürde, an der man arbeiten sollte, ist wirklich die Reduzierung der Bearbeitungszeiten, und das ist allgemein ein deutsches Problem. Das ist also nicht nur in Berlin so.

Der nächste Punkt ist der internationale Vergleich. Es wurden zwei Länder genannt, Schweden und Dänemark, die höhere Beschäftigungsquoten ukrainischer Geflüchteter haben. Ich kann dazu vielleicht eine etwas ausführlichere Antwort geben. Wie ich schon erwähnt habe, gibt es die Integrationsansätze „Sprache zuerst“ oder „Arbeit zuerst“, und beide Länder haben für ukrainische Geflüchtete den Integrationsansatz „Arbeit zuerst“ angewandt.

Schweden hat in der Vergangenheit den Ansatz „Sprache zuerst“ angewendet, aber für die ukrainischen Geflüchteten haben sie jetzt umgeschaltet und den anderen Ansatz angewendet. Natürlich werden wir die Konsequenzen im Laufe der Zeit beobachten können. In Dänemark wissen wir, dass die meisten Geflüchteten im Reinigungssektor arbeiten, was natürlich keine effiziente Nutzung des Humankapitals ist, wenn Fachkräfte im Reinigungssektor arbeiten. Aber was man in diesen beiden Ländern auf jeden Fall besser als in Deutschland macht, ist die Kinderbetreuungsinfrastruktur. Es ist für Frauen mit kleinen Kindern in diesen beiden Ländern kein großes Problem, einen Kinderbetreuungsplatz zu finden. Wir haben gesehen, dass Schweden, Dänemark, Norwegen und die Niederlande die beste Kinderbetreuungsinfrastruktur in Europa haben. Deutschland muss wahrscheinlich noch viel von diesen Ländern lernen und genügend Kinderbetreuungsplätze in Kitas anbieten, in den Kindergärten, aber auch in den Horten, und zwar so, dass sich die Betreuungszeiten und die Arbeitszeiten gut überlappen und sich die Frauen wirklich entsprechende Jobs suchen können. Was in diesen Ländern auf jeden Fall auch noch besser ist, sind die Englischkenntnisse. Die sind viel mehr verbreitet und oft für die Arbeitsaufnahme genügend. In Schweden und in Dänemark spricht man in der Arbeitswelt mehr und öfter Englisch als in Deutschland.

Der letzte Punkt, den ich aufgeschrieben habe, betrifft die sozialen Transferleistungen. Das sind wir natürlich auch in unserem Bericht angegangen. Es ist wirklich sehr schwierig messbar, denn erstens sind die Regelungen in jedem Land anders, die Sozialstrukturen sind anders, und der Lebensstandard ist auch anders. Aber wir haben dann versucht, länderübergreifend zu vergleichen, wie viel für die Versorgung ukrainischer Geflüchteten ausgegeben wird, und wir haben den Anteil der Kosten gemessen am BIP pro Kopf gemessen. Wir haben gesehen, dass zum Beispiel Schweden, Finnland, Frankreich, Polen und ein paar andere Länder mehr für die Versorgung ausgeben als Deutschland, und wir sehen anhand von diesen Daten, dass es keinen signifikanten Effekt von Transferleistungen auf die Beschäftigungsquoten gibt. Wir konnten keinen signifikanten Effekt sehen. Andere Faktoren spielen eine viel größere und bedeutendere Rolle, wie ich schon gesagt habe: Kinderbetreuungsinfrastruktur, integrationspolitischer Ansatz und sozialer Netzwerke, das heißt, wie viele ukrainische Bürger schon vor dem Krieg im Land gelebt haben.

Was ich vielleicht in diesem Kontext auch noch erwähnen möchte: Es gab jetzt vor kurzem eine Studie, publiziert von Dustmann, Landersø, Andersen. Sie haben sich die Reform von Dänemark im Jahr 2002 angeschaut. Dort wurde die Sozialhilfe für Geflüchtete um 50 Prozent gekürzt. Sie haben die Studie „Unbeabsichtigte Folgen von Sozialhilfekürzungen“ genannt und haben gezeigt, dass solche Kürzungen nur einen kurzfristigen und sehr kleinen Effekt auf die Erwerbstätigkeit von Männern, aber nicht von Frauen hatten. Die Erwerbstätigenquote ist von 10 auf 19 Prozent gestiegen, aber sehr kurzfristig. Dafür gab es langfristige negative Folgen. Diese Reform hat die Wahrscheinlichkeit des Besuchs einer Vorschuleinrichtung um 24 Prozent verringert. Die Schulleistungen von geflüchteten Kindern sind gesunken, und die Gesamtanzahl der abgeschlossen Schuljahre ging zurück. Im Laufe der Zeit gab es natürlich niedrigere Beschäftigungsquoten und niedrigere Einkommen im späteren Leben dieser Kinder. Noch dazu sind die Kriminalitätsraten angestiegen. Wie jetzt schon in der Runde erwähnt wurde: Man sollte auch über Generationen hinweg denken und auch mit solchen langfristigen Konsequenzen rechnen. Das ist es von meiner Seite. – Danke schön!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank! – Frau Karger, bitte, Sie haben das Wort!

Katja Karger (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg): Vielen Dank! – Ich mache einen schnellen Parforceritt, Sie haben ja noch ein bisschen was vor sich. Das Eine ist das ganze Thema Sprachkurse. Dazu ist jetzt schon einiges gesagt worden. Ich gehe auch davon aus, dass da noch ein bisschen was kommt. Aus unserer Sicht ist unser Schwerpunkt natürlich: Was passiert da in den Betrieben und Unternehmen? Das, was wir zu hören bekommen, ist, dass da das Instrument zu unflexibel ist, wenn sich mehrere Unternehmen zusammenschließen wollen, um gemeinsam diesen Sprachkurs zu füllen, denn es gibt ja formale Rahmenbedingungen, wie viele Personen in so einem Sprachkurs sein müssen. Wir haben gerade bei den Klein- und Mittelbetrieben, von denen wir in Berlin ja viele haben, Handwerk zum Beispiel, die Kleinunternehmen, die dann vielleicht nur eine Person beschäftigen können, die Situation, die kriegen mit einer Person nicht den Sprachkurs voll. Das heißt, da wäre aus unserer Sicht einiges zu tun, um das wirklich der betrieblichen Wirklichkeit anzupassen.

Das Zweite, was die Sprachkursthematik angeht, ist aus meiner Sicht, wie gesagt: Unsere Einschätzung ist grundsätzlich, dass das parallel zum Job nicht funktioniert, weil das an der Arbeitswirklichkeit vorbeigeht. Wenn wir uns angucken, wo der Großteil der Geflüchteten eingesetzt wird, nämlich in der Gastronomie, Hotelbranche, Logistik, dann denken wir nur mal an die DHL-Paketausfahrer, die ungefähr einen 12 bis 14-Stunden-Tag haben: Wann sollen die noch einen Sprachkurs machen? Wir sind an dieser Stelle noch nicht so weit, dass wir die Unternehmen dazu verpflichten können. Das heißt, die Arbeitgeber haben an ganz vielen Stellen überhaupt gar kein Interesse daran, ihre Beschäftigten für einen Sprachkurs freizustellen. Das ist eines der Probleme, die wir sehen, gerade bei diesen ganzen eher klassischen – – und auch schon immer, und da haben Sie recht, das ist ein systemischer Fehler bei der Leiharbeit, bei Hotel, Gastro. Das geht nicht nur den Ukrainerinnen, Ukrainern und den Geflüchteten so, sondern auch den deutschen Beschäftigten, die in diese Berufe reingeraten. Da gibt es keine Exit-Option. Da gibt es keinen Weg hin, sich zu qualifizieren oder auf irgendeine Art und Weise sozusagen das, was der Job-Turbo ja eigentlich auch sagt, sich zu einer Fachkraft zu qualifizieren, das sind Einbahnstraßenberufe, aus denen es in der Regel kaum ein Entkommen gibt, außer zu kündigen.

Zum Job-Turbo, das ist der direkte Übergang, Instrumente gegen Dequalifizierung: Aus unserer Sicht gibt es ein paar Möglichkeiten. Eine wäre, dass wir bei der Vermittlung bereits versuchen festzulegen, dass ein berufsbegleitender Spracherwerb oder eine Weiterbildung schon festgeschrieben werden. Im Moment ist die Situation so, dass die Vermittlung stattfindet, und dann hat der Arbeitgeber die Möglichkeit zu entscheiden: Was passiert da eigentlich? Das sollte aus unserer Sicht vorher stärker geklärt werden. Wir haben auch die Rückmeldungen erhalten, dass es einzelne Jobcenter gibt oder Beratungen in Jobcentern, wo in Einzelfällen die Sprachkurse nicht bewilligt wurden, weil mal wieder der Vermittlungsvorrang gezogen worden ist. Das heißt, Hauptsache vermitteln, Sprachkurs nachgelagert, später, ein anderes Mal, findet gerade nicht statt. Das heißt, auch da gilt es, die Richtlinie bei den Jobcentern eindeutiger zu machen, dass ein Spracherwerb B1 definitiv notwendig ist und im Zweifelsfall vorgezogen werden muss.

Dann haben wir die Situation, wie ich sie beschrieben habe: Bei den Arbeitgebern müssen wir, glaube ich, tatsächlich noch mal genauer hingucken: Wie kriegen wir ein Anreizsystem hin? Dazu hätte vielleicht an dieser Stelle auch ein Arbeitgeber hier sitzen können oder müssen oder ein Arbeitgeberverband, der da vermutlich noch mehr zu sagen könnte, wie das von

ihm aus funktioniert. Das ist dann auch der Verweis auf die Frage nach dem Arbeitgeberservice: Das kann ich nicht beantworten, ist nicht mein Metier, muss der Arbeitgeber beantworten, nicht die Gewerkschaft.

Zum Thema Beschäftigungsquote nur so viel: Die Beschäftigungsquote, lieber Herr Pätzold, kann ja wirklich nur mit den Rahmenbedingungen verbessert werden, die wir jetzt heute alle gehört haben. Das heißt, gerade bei den ukrainischen Beschäftigten: Bei den 80 Prozent Frauen, die ihre Kinder betreuen, werden wir nicht ad hoc übermorgen eine Erhöhung der Beschäftigungsquote hinbekommen, wenn wir nicht entsprechend für die Kinderbetreuung sorgen und für entsprechende Rahmenbedingungen. Die Sprachkurse spielen eine Rolle und die jeweiligen Wohnsituation. Das heißt, ich würde immer wieder betonen: Sorgfalt vor Schnelligkeit. Ich glaube, das kann man auch gut begründen, weil alle unsere Statistiken, Zahlen, die wir hier heute auch gesehen haben, zeigen, dass mit der Geduld, die wir haben, die Beschäftigungsquote steigt und dass im Moment alles ausgereizt wird, um es zu beschleunigen, dass die Beschäftigungsquote aber nicht dadurch steigt, dass wir alle Beschäftigten zu DHL-Fahrern, Reinigungskräften im Hotelgewerbe und Paketfahrern machen, sondern die Frauen müssen gezielter gefördert werden. Da gibt es, glaube ich, noch eine Menge zu tun.

Was mir noch einfällt: Ich weiß, es gibt ein entsprechendes Integrationskonzept, aber nichtsdestotrotz habe ich den Eindruck, dass das eben noch nicht ineinandergreift und mit der Hamburger Erfahrung, die ich hier aus den letzten acht Jahren habe, ist das aus meiner Sicht nicht schlecht, wenn man sich das Hamburger Welcome-Center anguckt, das umfangreicher ist als das, was wir hier in Berlin haben, nämlich mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberservice zusammen. Da findet einmal die komplette Beratung statt, das ist one shop, one stop. Ich glaube, dass es für diese Stadt sinnvoll wäre, da genauer draufzugucken, dass Integration eben mit vielen verschiedenen Stellen in dieser Stadt zu tun hat. Das wäre mein Plädoyer. Das wäre aus meiner Sicht ein sinnvoller Schritt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank! – Bitte schön, Frau Maksymova!

Anastasiia Maksymova (BEMA): Ich will auch ganz schnell ein paar Punkte ansprechen. Zuerst zur Frage, ob wir, die BEMA, zur Existenzgründung beraten: Nein, in dem Fall verweisen wir auf entsprechende Beratungsangebote. Da gibt es G UWBI, die auch im Willkommenszentrum Beratung anbieten. Nur für den Fall der Scheinselbstständigkeit sind wir zuständig. Da klären wir, ob es der Fall ist, und dann kann die Person bei uns bleiben.

Was das Beratungsangebot generell in Berlin angeht: Ich glaube, man kann nur die Notwendigkeit der niederschwellige Beratung in der Muttersprache unterstreichen. Aber wie Frau Karger schon gesagt hat, existieren viele Probleme strukturell. Das bedeutet, wenn unsere Ratsuchenden zu uns kommen, sind sie informiert, aber wenn die einzige Arbeit, die sie finden kann, eine Arbeit mit schlechten Arbeitsbedingungen ist, dann werden sie das auch machen. Ich vermute, nur mit Beratungsstellen kann man die Lücke nicht ganz schließen.

Was passiert mit den Menschen, wenn sie in Helfertätigkeiten anfangen? An sich ist es nicht schlimm, wir haben jetzt aber mehrere Ratsuchenden, die wurden zusätzlich aufgeklärt, dass sie im Fall einer Eigenkündigung bei der Agentur für Arbeit eine Sperrfrist bekommen oder die Sanktionierung beim Jobcenter. Das ist dann auf jeden Fall eine Hürde, wenn sie entscheiden, dass sie sich weiterqualifizieren wollen, eine Weiterbildung anfangen oder sich

ganz dem Spracherwerb widmen. Das müssen sie sich dann auf jeden Fall länger überlegen, und manche entscheiden sich dann doch, in der Tätigkeit zu bleiben, weil es der einfachere Weg ist.

Noch ganz kurz zum Spracherwerb: Das ist natürlich auch abhängig davon, ob die Menschen zurückzukehren wollen. Aber von unseren Ratsuchenden und den Teilnehmenden in unseren Schulungen kriege ich mit, dass, wenn der Krieg zu Ende ist, das nicht unbedingt bedeutet, dass am nächsten Tag alle ihre Koffer packen und nach Hause fahren. Denn je länger der Krieg in der Ukraine dauert, desto mehr soziale und wirtschaftliche Systeme werden zerstört. Ich glaube, die Menschen, besonders die Frauen mit Kindern, planen schon, erst mal zu gucken: In welche Bedingungen können wir zurückkehren, und was erwartet uns da? – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank! – Bitte schön!

Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann (Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung): Ich beeile mich auch, aber ich habe noch ein paar spezifische Fragen gekriegt. Ich versuche, schnell durchzukommen. Ich gehe nacheinander die Punkte durch. Die sind ein bisschen bunt gemischt nach der Reihenfolge, in der die Fragen reinkamen.

Zuerst noch mal zu den Sprach- und Integrationskursen: Da wollte ich kurz die Zahl nennen, wie viele derzeit in Berlin in Sprach- und Integrationskursen sind. Derzeit sind 3 759 Ukrainerinnen und Ukrainer in Berlin in Integrationskursen, 1 759 in der berufsbezogenen Deutschsprachförderung, und dann noch ein paar in weiteren Förderungen, auch 1 100. Da geht es um berufsbezogene Sprache. Wir haben dazu schon verschiedene Sachen besprochen, woran es liegt. Ich unterstütze das eindeutig: Bei vielen Berufen ist eine berufsbegleitende Sprachweiterbildung gar nicht möglich, und auch innerhalb des Berufs findet sie nicht statt. Bei anderen schon, ich bin da für Differenzierung, und ich kann aus verschiedenen Beispielen sagen: Das, was derzeit als berufsbegleitend angeboten wird, funktioniert oft nicht.

Wir haben als Institut selbst das Experiment gemacht, jemanden eingestellt, gesagt: Du kannst in der Verwaltung – – und ja, das ist nicht genug Deutsch, also A2, B1 reicht längst nicht für Zuwanderungsrecht aus. Wir stellen dich mit einer halben Stelle ein, denn wir haben andere Ukrainerinnen da, die dich begleiten können, und du kriegst vom Jobcenter – wir haben das mit dem Jobcenter geklärt – einen Bildungsgutschein, alles gut, berufsbegleitender Sprachkurse. Die berufsbegleitenden Sprachkurse, die angeboten werden, gehen entweder von 9 bis 12 Uhr oder von 13 bis 17 Uhr. Das passt selbst mit einem normalen Büroalltag nicht zusammen, gilt aber in der Statistik als berufsbegleitend.

Umgekehrt ist es so: Jetzt nur auf die Weiterbildungs- und Sprachkursanbietenden zu schauen, funktioniert auch nicht, denn es gibt einen erheblichen Fachkräftemangel. Wir haben im Bereich der Sprachbildung jahrzehntelang prekäre Arbeitsverhältnisse gehabt, die dazu führen, dass große Teile der Sprachkurslehrenden inzwischen über 70 sind. Die sollen aber flexible, berufsbegleitende und digitalisierte Angebote machen. Ich denke, das ist noch mal ein strukturelles Problem, da kann man viel dran tun. Man kann das auch durch eine entsprechende Gestaltung der Förderung machen, zumal jetzt dadurch ein bisschen Luft ist, dass die Zahl der Integrationskurse sinkt. Aber das muss man erst mal schaffen. Dann auch zu den entsprechenden Bedingungen auf dem Sprach- und Integrationskursmarkt zu kommen, den es da gibt, das ist eine Riesenaufgabe, die leider auch nur langsam funktioniert.

Herr Pätzold und andere haben gefragt, wie das mit den Lock-in-Effekten und der Helfertätigkeit ist, ob man darüber einsteigen soll oder nicht. Auch Frau Auricht hat gesagt, es sei vielleicht gar nicht so schlecht, darin einzusteigen. Da geht es ganz klar um Differenzierung: Wir haben Fachkräfte, die wollen wir unbedingt als Fachkräfte haben, und wir haben Beispiele aus Berlin, die wir zumindest mitlesen können aus unserer Beratung, da wird zu Ärzten gesagt: Das dauert viel zu lange mit der Anerkennung, fang doch mal im Hochbau an. – Das kann nicht funktionieren. Auf der anderen Seite gibt es natürlich Helfertätigkeiten, die bewusst angenommen werden, weil gesagt wird: Ja, ich brauche noch die Zeit, ich muss noch die Sprache lernen, oder ich bin auch vielleicht in einer Übergangsphase, ich kann nicht Vollzeit arbeiten – je nachdem, was der qualifizierte Job erfordert, wo das funktioniert. Man kann das nicht so oder so sagen.

Das Problem ist, dass das System, das haben wir jetzt gehört, das aus den Helfertätigkeiten rausführt, sowohl als Bildungssystem schlecht funktioniert als auch als Matching-System bezüglich der Arbeitgebenden. Von unseren Befragten in Berlin, die Arbeit gefunden haben, haben 2,7 Prozent die Arbeit über das Jobcenter gefunden. Der Großteil hat sie sich selbst gesucht. Das ist auch okay. Das Jobcenter ist nicht allein dafür da, Matching-Prozesse zu leisten. Aber das zeigt, wie groß die Herausforderung ist und wie stark ich in die aktive Arbeitsmarktpolitik reingehen muss, wenn ich da bewusst aus unterqualifizierter Beschäftigung rausgehen will. Es zeigt sich aber, dass gerade die ukrainische Community extrem aktiv ist, sich selbst was zu suchen. Das muss man schon, zumindest nach allem, was wir sehen können, sagen.

Das führt zum dritten Punkt, Social Media: Selbsthilfe in den sozialen Medien und auch ein paar Beratungsansätze, die wir machen – auch das BEMA und einige andere – spielen eine extrem große Rolle. Es findet extrem viel über Medien statt, in denen zum Beispiel die Arbeitsverwaltung bisher nicht mitkommt, macht sie nicht. Obwohl, ich muss sagen, das Berliner Jobcenter ist das erste, was sich inzwischen – eines, ich sage nicht, welches – angefangen hat, sich darum zu kümmern und zu sagen: Wir wollen selbst bei Telegram einsteigen.

Wir haben vorhin diese schöne Petitesse gehabt, wie das mit dem Ticket funktioniert und dass sich die Datenschutzbeauftragten da noch wechselseitig widersprechen. Das ist eine Herausforderung für eine Behörde, das zu tun. Aber die Zielgruppen sind viel weiter, und wir wissen, dass Menschen aus der Ukraine aus einer viel digitalisierten Umgebung kommen. Da lässt sich wirklich eine Menge machen. Es passiert auch einiges. Auch da haben wir Ansatzpunkte. Sie fragen ja immer nach Ansatzpunkten, was man da tun kann. Da ist ein Ansatzpunkt, noch mehr zu tun.

Vierter Punkt: Wir haben viel über den Job-Turbo gehört. Wir haben beim Job-Turbo noch systematische Probleme. Die Arbeitsagenturen sind für Versicherte da, und die Jobcenter sind nach der Beendigung der Hilfebedürftigkeit, was auch durch eine Helfertätigkeit erfüllt werden kann, an sich nicht mehr zuständig, tun das zunehmend, aber wir haben sozusagen ein systematisches Problem, dann auch noch in der Gesetzgebung, in diese zunehmende duale Verantwortung zu gehen. Ein Stück weit propagiere ich immer – es gibt wissenschaftliche Beiräte und solche Sachen, in denen ich sitze –, wenn wir auf Dauer dazu kommen wollen, wirklich ein System zu schaffen, das einen frühen Arbeitseintritt und Weiter- und Fortbildung zusammenbringt, dann müssen wir uns an Systemen, die in Deutschland eigentlich gut laufen,

orientieren, wie der dualen Ausbildung oder dem dualen Studium, und sagen: Es gibt eine gemeinsame Verantwortung von Arbeitgebenden und Staat. Dann kann ich zu solchen Vereinbarungen kommen, die ich rechtzeitig habe. Ich kann aber vielleicht auch dazu kommen, dass Unternehmen zunehmend duale Integrationsplätze anbieten, in denen sie sagen: Ich nehme mir jemanden mit diesem Sprachniveau, und wir haben hier ein gemeinsames Curriculum, und der Staat bietet mir sozusagen dazu den passende Ansatz. Das wäre auch ein Ansatz, wenn wir dazu kommen, dass wir zunehmend Plätze haben, die Unternehmen anbieten, wo es aber dazu eine klassische und gute Unterstützung – ob über das Jobcenter oder andere – plus ein Begleitkonzept gibt, wie assistierte Ausbildung oder was es sonst noch gibt. Es gibt sozusagen Übertragungsmöglichkeiten, die immer da ansetzen, wenn Unternehmen sagen: Ja, unsere zukünftigen Fachkräfte haben noch Unterstützungsbedarf, bei diesem zukünftigen Unterstützungsbedarf gehe ich mit in die Verantwortung, und der Staat macht das Gleiche. Dann sind wir bei einem eigentlich sehr deutschen Modell gemeinsamer Verantwortung, was an vielen Stellen funktioniert. Ich glaube, dass man an der Stelle eine ganze Menge tun kann.

Damit war ich auch schon bei den Arbeitgebermaßnahmen, nach denen gefragt wurde, was auch Arbeitgebende tun können. Wir haben über die Schwierigkeiten in den Betrieben gehört, aber es gibt auch Möglichkeiten, da was zu bauen, zumal viele Jobcenter und Arbeitsagenturen, zumindest soweit ich das sehen und erleben kann, sehr bereit sind, auch innovative Wege zu gehen. Meiner Ansicht nach kann man da eine ganze Menge bauen, wenn die Sozialpartner sich da auch noch mal ein Stückchen zusammentun und wie bei anderen Maßnahmen in der Vergangenheit auch mal etwas Neues als Maßnahmentyp aufbauen.

Zur Ausbildung gab es Fragen. Wir haben derzeit in Berlin nur insgesamt 150 Ukrainerinnen und Ukrainer, 50 Männer, 120 Frauen, die eine duale Ausbildung absolvieren. Wir haben allerdings in berufsbefähigenden und berufsvorbereitenden Lehrgängen 688 Personen, also im Übergangsbereich. Der Übergangsbereich wird derzeit an vielen Stellen genutzt, um Integrationsaspekte abzudecken, aber das weist darauf hin, dass wir durchaus ein Potenzial haben, das auch in die Berufsausbildung überführt werden kann. Das ist ein langer Weg, aber da kann man eine ganze Menge tun. Man kann auch in den nächsten Jahren eine Zunahme erwarten.

Zum Thema Anerkennungsverfahren, ich beeile mich, ich mache so kurz wie möglich und versuche nur die wichtigsten Punkte zu machen: Die Statistiken, die Sie kennen, die vom LAGeSo – ob das jetzt ein paar Monate sind oder ein Jahr oder sonst was – oder von anderen anerkennenden Stellen, die sicherlich überlastet sind, herausgegeben werden, bilden aus Sicht der Zugewanderten, und damit auch der Fachkräfte, von denen man eine Anerkennung haben will, den aller kleinsten Teil des Problems ab. Für die meisten Zugewanderten gilt, dass sie den Weg geschafft haben, wenn sie den Antrag vollständig abgegeben haben. Eine Anerkennung? Na ja, eine Behörde zählt ab dem Zeitpunkt, an dem sie den vollständigen Antrag hat. Für die Zugewanderten ist die Zusammenstellung des vollständigen Antrags das eigentliche Problem, plus, in reglementierten Berufen, das Beibringen von Sprachkursnachweisen und so weiter. Es dauert derzeit ungefähr vier Jahre, bis ein Arzt in Approbation und in einer qualifizierten Beschäftigung ist.

Ich will das nur noch einmal sagen, dass da diese Unterstützung, auch durch die Anerkennungsberatung, viel nützt, aber am Ende ist das System so kompliziert, dass es sozusagen auch nichts nützt – es nützt etwas, aber das System wird dadurch nicht geändert –, dass es

noch viel mehr Stellen beim LAGeSo gibt. Darum haben die Ministerpräsidenten durchaus Beiträge beigebracht. Es gibt einen Ministerpräsidentenbeschluss, der das System der Berufs- anerkennung in Deutschland deutlich vereinfachen würde. Ich glaube, da liegt der Schlüssel. Der Schlüssel liegt auch im Verwaltungshandeln, aber noch stärker insgesamt am System.

Dann gab es noch eine Frage nach der Einordnung der Beschäftigungsquoten. Dazu haben wir auch schon viel gehört. Die werden auch steigen. Ich will nur noch einmal sagen, dass die Einordnung aus meiner Sicht sehr stark davon abhängt, wie man auch die Soziodemografie sieht. Darum habe ich auch mit diesen Bevölkerungsbäumen angefangen. Auch in der gesamtdeutschen Bevölkerung sind nur ungefähr 43 Prozent in Arbeit, weil wir eben viele Leute haben, die gar nicht auf dem Arbeitsmarkt sind, Kinder, Seniorinnen und Senioren, nicht arbeitsfähige Personen und so weiter. Wir haben die große Möglichkeit für unsere Arbeitsmarktintegration, dass wir bei den Zugewanderten, auch bei den Syrerinnen und Syrern, eine Quote haben, die bei den Männern besser ist, weil wir eine sehr hohe Arbeitsneigung haben, aber auch eine sehr junge und arbeits- und erwerbsfähige Bevölkerung.

Wir haben allerdings eine große Spreizung zwischen Frauen und Männern. Das hat Frau Gatskova vorhin sehr gut aufgezeigt. Wir haben das Zwei- bis Dreifache an Unterschieden in den Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern. Auch bei Ukrainerinnen und Ukrainern in Berlin gibt es einen deutlichen Unterschied. Die Beschäftigungsquote vom Februar liegt bei den Männern bei 31,4 Prozent und bei den Frauen bei 25,9 Prozent. Wenn wir wissen, dass die Mehrheit Frauen sind, dann haben wir dieses Problem der frauenspezifisch schlechter funktionierenden Arbeitsmarktintegration jetzt noch mal hoch Drei. Wenn man daran etwas ändern will, dann tut man das an den vielen Stellen, die wir gerade gehört haben, von guter Sprachbildung über Kinderbetreuung und Jobs, die es auch zulassen, mit Familie zu arbeiten. – Ich glaube, an der Stelle werde ich aufhören. Ich habe noch mehr Punkte, aber sonst wird der Herr Vorsitzender zu unruhig.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ich bekomme hier ja nur den Druck von rechts und links gespiegelt. Haben Sie vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Dann hat kurz der Staatssekretär das Wort!

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Das Stichwort Druck ist ganz gut, denn an uns wurden ja auch einige Fragen gestellt, und wir haben jetzt die Herausforderung, dass die Fragen teilweise so lang waren, dass wir uns mit den Antworten noch kürzer fassen müssen, aber ich versuche es mal.

Es gibt einige Punkte, zu denen wir auch keine anderen Zahlen haben, als die, die jetzt gerade dargestellt wurden, weil das von der Bundesagentur die aktuellsten Zahlen sind. Deswegen werde ich die Fragen, die in dem Kontext an uns gerichtet wurden, überspringen.

Ich fand es ganz gut, dass wir noch mal herausgearbeitet haben, was ich ja schon eingangs sagte, dass wir es mit einer Reihe systemischer Fragen zu tun haben, die dann am Ende einfach nur in ihrer Ballung sichtbar gemacht werden. Deswegen finde ich die Frage interessant, wie man sich eigentlich berufsbeleitend – echt berufsbeleitend, also vielleicht in so einem dualen Ansatz – sprachlich verbessern kann. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Gleichzeitig wurde auch das Thema Niedriglohnsektor und auch Frage der Einhaltung von Mindestlöhnen diskutiert. Das ist, glaube ich, nicht nur ein Thema bei Geflüchteten oder Ukrainern, aber das

macht es natürlich noch mal sichtbar, dass wir da an der einen oder anderen Stelle immer wieder Nachsteuerungs- und auch politischen Handlungsbedarf haben.

Wir beobachten auch – deswegen hatte ich das auch eingangs gesagt – das Risiko und die Gefahr von Lock-in-Effekten beim Thema Job-Turbo. Deswegen haben wir mit Migrantenselbstorganisationen gesprochen und natürlich auch unsere eigene Expertise, die wir als Land Berlin haben, immer wieder eingebracht, um vielleicht das, was an der einen oder anderen Stelle so angelegt ist, immer wieder ein bisschen zu korrigieren und unseren eigenen Weg zu gehen, da wir natürlich in der Analyse und auch in vielen Schlussfolgerungen einer sehr ähnlichen Ansicht sind, weshalb auch das Thema der Beschäftigungsquote für sich genommen gar nicht so aussagekräftig ist, weil es da, glaube ich, ganz viele Faktoren gibt, die wir mit einbeziehen müssen.

Wir wollen uns an der Stelle aber auch nicht rausreden, da wir, glaube ich, schon jenseits der systemischen Frage, die wir ja mit vielen Senatsverwaltungen, so wie es auch eingefordert wurde, regelmäßig besprechen, aber natürlich auch ganz konkret, deswegen vielleicht nur noch mal schlaglichtartig ein paar Punkte, unsere Maßnahmen zum Thema Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Fluchterfahrung: Da haben wir natürlich das Berliner Jobcoaching, mobile Jobberatung. Wir haben bridge, wir haben das RIN, wir haben jetzt auch wieder Work for Refugees, was auch ein wichtiger Punkt war, wo wir, glaube ich, auch über alle Farben hinweg eine Verständigung gefunden haben, wie wir das weiter erhalten. Wir haben natürlich auch das Willkommenszentrum als zentrale Beratungsinstanz, die wir natürlich genauso weiterentwickeln wollen, was aber auch nicht mal auf Knopfdruck geht. Aber wir wollen an der Stelle natürlich eine One-Stop-Agency schaffen und es auch digital machen. Da sind wir auch mit den vielen Trägern und Projekten und natürlich auch Partnerinnen und Partnern immer wieder in einem sehr engen Austausch, um das auch weiter zu professionalisieren und genau diesen Bedürfnissen, die gerade hier adressiert wurden, gerecht zu werden.

Darüber hinaus ist das Thema LAGeSo und Anerkennungsdauer, glaube ich, etwas, das wir immer wieder adressieren, und was wir gerne auch noch mal für die SenWGP als zuständige Verwaltung mitnehmen. Wir haben die Info, dass diese Anerkennungskurse im zweiten Durchgang laufen und auch durch die Sprachkurse ergänzt werden. Wir waren bei Herrn Pfeffer-Hoffmann, und da wurden uns diese Zahlen und auch diese Einzelfälle noch mal beschrieben. Da können wir auch sagen, da haben wir natürlich auf jeden Fall politischen Nachsteuerungsbedarf. Wir schauen uns das an und gucken uns an, wo wir vielleicht auch dort die befreundete Verwaltung unterstützen können, soweit es möglich ist.

Dann natürlich auch ein wichtiges Thema, die Diskriminierungsfragen: Tatsächlich sind wir, deutschlandweit einzigartig, glaube ich, damit vorangegangen, dass wir Fachstellen gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt eingerichtet haben. Das haben wir als Gemeinschaftsprojekt der Antidiskriminierungs- und Arbeitsabteilung zusammen auf den Weg gebracht. Wir haben die Fachstelle für Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, Fair mieten – fair Wohnen vom TBB. Es ist immer nicht ausreichend, wenn man das so sieht, aber trotzdem sind wir da in Berlin, glaube ich, schon erst mal von der Struktur her aufgestellt. Wir müssen das natürlich weiterentwickeln und sind natürlich in jedem Haushalt und in allen Fragen immer wieder mit den finanziellen Rahmenbedingungen konfrontiert. Am Ende sind Sie der Haushaltsgesetzgeber. Wir machen die Vorschläge mit den Rahmenbedingungen, die Sie uns auch mit auf den Weg geben. Aber wir haben es in diesem Doppelhaushalt geschafft, diese

Fachstellen zu sichern, aufzustocken und tatsächlich auch diese neue Fachstelle an den Start zu bringen. Da wünsche ich mir, das sage ich ganz offen, auch von der Fachstelle selbst, ein bisschen mehr Impulse, auch eine bessere Vernetzung im ganzen Arbeitsfeld, weil ich dann doch an der einen oder anderen Stelle, auch im Rahmen meiner Sommertour, die Erfahrung gemacht habe, dass die Fachstelle noch Anlaufschwierigkeiten hat und da vielleicht auch noch mal ein bisschen Unterstützung von den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren bekommen sollte. Das habe ich denen jedenfalls mit auf den Weg gegeben. So viel in aller Kürze von mir. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann bleibt mir nur noch übrig, Ihnen noch mal herzlich für den umfassenden Input zu diesem Tagesordnungspunkt zu danken. Kommen Sie gut durch den Tag.– Dann stelle ich fest, dass wir den Tagesordnungspunkt vertagen und ihn wieder aufrufen, wenn das Wortprotokoll vorliegt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berliner Fachkräftestrategie – aktueller Sachstand
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0196](#)
ArbSoz

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1496
**Drittes Gesetz zur Änderung des Berliner
Ladenöffnungsgesetzes**

[0168](#)
ArbSoz
WiEnBe(f)
KultEnDe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1756
**Deutsch- und Fachsprachkurse zur Unterstützung
für Berlins Azubis**

[0194](#)
ArbSoz
BildJugFam(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.